

**LOKALE ALLIANZEN &  
GEMEINDEKÜMMERENDE**  
in Sachsen

# Demokratie unter Druck

Wie antidemokratische Kräfte  
ländliche Räume in Sachsen bedrohen



Ein Projekt der Civic Research  
and Innovation gGmbH

# INHALTSVERZEICHNIS

## Herausgeber:

CRI – Civic Research and Innovation gGmbH  
Tatzendpromenade 2 a, 07745 Jena  
E-Mail: gemeindekueemmernde@cri.org  
www.cri.org

**Autor\*innen:** Gideon Wetzel, Felix Rauh,  
Eva Sternitzke, Benjamin Winkler

**Redaktion:** Eva Sternitzke

**Lektorat:** Britta Kollberg

**Gestaltung und Titelbild:** Mandy Münzner

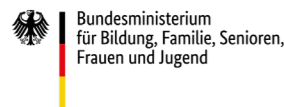
**Druck:** Druckzone

Gedruckt auf Envirotop Recycling 100 % Altpapier

© Civic Research and Innovation gGmbH, 2025

Diese Publikation entstand im Rahmen des Innovationsprojekts „Lokale Allianzen und Gemeindegemeinschaften in Sachsen“ der CRI – Civic Research & Innovation gGmbH, gefördert durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



Diese Broschüre ist der erste Teil einer zweiteiligen Serie. Während der erste Teil vor allem die Aktivitäten der antidemokratischen Kräfte unter die Lupe nimmt, wird es im zweiten Teil um Ansätze guter Praxis für Demokratie vor Ort gehen. Der zweite Teil erscheint im Dezember 2026.

1. Einleitung: Die Demokratie muss vor Ort verteidigt werden!

2. Wer sind die „antidemokratischen Kräfte“ in Sachsen?

2.1 Was bedeutet „antidemokratisch“?

2.2 Antidemokratische Akteursgruppen in Sachsen

2.3 Strategie und Taktik hinter den Aktionsformen

2.4 Fazit: Ländliche Räume sind anfällig für antidemokratische Einflussnahme

3. Bedrohungsszenarien: Fiktive Fallbeispiele aus Sachsen

4. Zwischen Widerstand und Überlastung: Zwei Perspektiven auf antidemokratische Bedrohungen in ländlichen Kommunen

5. Handlungsmöglichkeiten bei demokratiefeindlichen Angriffen in der kommunalen Praxis

5.1 Frühwarnsysteme stärken

5.2 Konkrete Schutz- und Reaktionsmaßnahmen

5.3 Demokratische Kultur und Resilienz vor Ort stärken

5.4 Betroffene unterstützen

5.5 Netzwerke und Partnerschaften aktivieren

5.6 Fördermittel gezielt nutzen

Checkliste: Warnsignale in der kommunalen Praxis  
Leseempfehlungen  
Zum Projekt

**EINLEITUNG****Die Demokratie muss vor Ort verteidigt werden!**

► Benjamin Winkler, Projektleitung Lokale Allianzen und Gemeindegemäckernde in Sachsen

Knapp die Hälfte der Menschen in Sachsen lebt in kleinen Städten und Gemeinden mit bis zu 10.000 Einwohner\*innen. Diese Regionen sind besonders von der Abwanderung, dem demografischen Wandel und strukturellen Problemen betroffen. Wer in Sachsen Demokratie zukunftsfähig machen möchte, darf daher nicht nur auf die Groß- und Mittelstädte schauen. Kleine Städte sollten in den Fokus rücken, denn hier bestehen sowohl spezifische Bedrohungen für die Demokratie als auch Chancen, um sie zu verteidigen und sogar auszubauen. Spricht man mit den Menschen vor Ort, heißt es bei vielen, Demokratie funktioniert in den kleinen Städten anders als in der Großstadt. Sachpolitik stünde vor Parteienpolitik, und oftmals suche man nach einem gemeinsamen Weg. Der Grund hierfür sei die Nähe, die man miteinander habe, und auch die Verbundenheit zum Ort, in dem man lebt.

Eine objektive Betrachtung dieser Darstellung führt aber zu einem differenzierten Blick. Einerseits ist es richtig, dass die kommunalpolitischen Auseinandersetzungen oftmals nicht die Schärfe entwickeln, die beispielsweise aus der Landes- oder Bundespolitik bekannt sind. Das hat sicherlich auch mit dem begrenzten Spielraum kommunaler Entscheidungsfreiheit zu tun. Viele Aufgaben, wie beispielsweise die Schulversorgung, die

Kinderbetreuung oder der Straßenbau, gehören zu den Pflichtaufgaben der Kommunen und müssen erledigt werden. Auch die prekäre Haushaltssituation vieler Kommunen in Sachsen schränkt diese weiter ein. Gleichzeitig gibt es die freiwilligen Aufgaben der Kommunen, und um diese kann sich durchaus politischer Streit entwickeln. Häufig gibt es Auseinandersetzungen über die Förderung von lokalen Vereinen, die Unterbringung von Geflüchteten oder die Versorgung mit Freizeitangeboten. Auch die Unterstützung von Jugendlichen ist immer wieder Anlass für Diskussionen und verschiedene Meinungen.

Genau betrachtet sind also auch kleine Städte und Gemeinden Orte bedeutsamer demokratischer Diskussionen und der Ausprägung verschiedener Meinungen. Hierbei spielen oft Interessen- und Bedürfnisunterschiede eine wichtige Rolle. Auch wenn in kleinen Städten und Gemeinden weniger Menschen als in mittleren oder großen Städten leben, zeigen sich hier ähnliche Interessenkonflikte. Bewohner\*innen, die täglich zum Arbeitsplatz in die nächstgelegene Großstadt pendeln müssen, haben andere Interessen als solche, deren Arbeitsplatz vor Ort ist oder die bereits im Rentenalter sind. Junge Menschen sehnen sich nach Unterhaltung und Freizeit vor Ort, manche ältere schätzen die ländliche Ruhe und Idylle.



Die geringere Größe der Städte bietet jedoch zugleich zahlreiche Chancen für das positive Erleben von Demokratie. Der Kontakt zu Stadt- oder Gemeinderatsmitgliedern oder zu Bürgermeister\*innen fällt meist weniger schwer als in der Großstadt, und eine Idee oder eine Beschwerde aus der Bürgerschaft findet schnell die richtige Adresse. Menschen, die sich für ihre Stadt einsetzen wollen, können sich leicht kommunalpolitisch engagieren, in einen Verein eintreten oder einen solchen gründen. Auch die Möglichkeit, ein vorhandenes Problem unmittelbar anzupacken und bei der Lösung zu helfen, kann eine positive Erfahrung sein.

Zugleich schätzen ebenso antidemokratische Kräfte die kleinen Städte und Gemeinden als Rückzugsraum. Sie finden hier beispielsweise Leerstand bei Immobilien oder können günstig Land kaufen. Sie treffen auf Bewohner\*innen, die weniger gut über antidemokratische Vorgehensweisen aufgeklärt sind oder die entsprechend gegenläufige Meinungen haben. Und sie stoßen in die Lücke an sozialen oder kulturellen Angeboten, indem sie solche gezielt schaffen, um Menschen niedrigschwellig an sich heranzuführen. Auch die oftmals fehlende oder geringere Widerstandskraft von Staat und Zivilgesellschaft wird ausgenutzt.

Antidemokratische Kräfte behandeln kleine Städte nicht nur als Rückzugsraum für ihre landesweiten Aktionen, sie sehen diese Orte auch als Versuchslabore an, in denen der gesellschaftliche Machterwerb gelingen kann. Die Devise lautet: Wenn es gelingt, die kleinen Orte zu übernehmen, schaffen wir es ebenfalls in der Großstadt. Die Notleidenden solcher Pläne sind oftmals Menschen, die in den kleinen Städten ohnehin einen schweren Stand haben. Das sind beispielsweise alternative Jugendliche, migrantische Frauen oder demokratische Kommunalpolitiker\*innen. Gleichzeitig gelingt es antidemokratischen Kräften in kleinen Städten immer mehr, lokale Themen zu dominieren, die zu Konflikten führen. Beispiele hierfür sind Windkraft, Schutzmaßnahmen für Geflüchtete oder die prekäre Haushaltslage der Orte.

Mit unserer Broschüre wollen wir gezielt auf die kleinen Städte und Gemeinden schauen. Wir wollen zeigen, wie antidemokratische Kräfte in Sachsen solche Orte nutzen, um ihre Machtbasis auszubauen. Gleichzeitig wollen wir dafür werben, wachsam zu sein und die Demokratie vor Ort zu verteidigen. Denn am Ende kommt es auf Sie alle an: die aktiven Bewohner\*innen der Städte und Gemeinden.



Antidemokratische Kräfte behandeln kleine Städte nicht nur als Rückzugsraum für ihre landesweiten Aktionen, sie sehen diese Orte auch als Versuchslabore an, in denen der gesellschaftliche Machterwerb gelingen kann.

## 2. Wer sind die anti-demokratischen Kräfte?

Antidemokratische Kräfte treten selten isoliert auf – vielmehr agieren sie als lose verbundene Netzwerke mit teils unterschiedlichen ideologischen Hintergründen, aber gemeinsamen Zielen. Im ländlichen Raum nutzen sie gezielt die hohe soziale Verflechtung, den Wunsch nach Stabilität und bestehende Lücken in politischen Strukturen, um Einfluss zu gewinnen.

Dabei verschwimmen die Grenzen zwischen extrem rechten Parteien, verschwörungsideologischen Gruppen und völkischen Siedlungsinitiativen. Das folgende Kapitel gibt einen Überblick über beobachtbare Strukturen und Vorgehen speziell in Sachsen.

### 2.1 Antidemokratische Akteursgruppen in Sachsen

Demokratie garantiert grundlegende Rechte wie Meinungsfreiheit, freie Wahlen, Gleichheit vor dem Gesetz, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit und den Schutz vor staatlicher Willkür. Bürger\*innen haben ein Mitbestimmungsrecht, kontrollieren politische Macht und können Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungen nehmen. Diese Ordnung ist jedoch nicht selbstverständlich – sie kann beschädigt oder gezielt untergraben werden. Genau das ist das Ziel antidemokratischer autoritärer Kräfte.

Antidemokratische Kräfte sind politische Bewegungen und Organisationen, die zentrale Prinzipien der Demokratie<sup>1</sup> ablehnen oder aushöhlen wollen: Dazu gehören die Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Pluralität. Gegner\*innen dieser Werte arbeiten darauf hin, Macht zu zentralisieren, kritische Stimmen zu unterdrücken, unabhängige Gerichte und Medien zu schwächen und Minderheitenrechte einzuschränken. Ihr Ziel ist keine vielfältige Gesellschaft, sondern eine völkisch-homogene. Oft präsentieren sie sich dennoch als legitime demokratische Akteur\*innen.

Die Auswirkungen dieser Entwicklungen betreffen alle als Gesamtgesellschaft: Ohne Gewaltenteilung und freie Presse fällt die Möglichkeit für Schutz vor Machtmissbrauch weg. Wenn unabhängige Gerichte ausgehebelt werden, kann jede Person plötzlich Ziel staatlicher Willkür werden. Und wenn die Möglichkeit zur freien Meinungs-

<sup>1</sup> Quelle: Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung (2022): Vorstudien „Orte der Demokratie“, [www.demokratie.sachsen.de/download/Vorstudien\\_Orte\\_der\\_Demokratie\\_Zusammenfassung.pdf](http://www.demokratie.sachsen.de/download/Vorstudien_Orte_der_Demokratie_Zusammenfassung.pdf).



äußerung eingeschränkt wird, sind es nicht nur Minderheiten, deren Stimmen verstummen, sondern potenziell alle, die sich kritisch äußern. Angehörige von Minderheiten, Personen, die auf besonderen Schutz angewiesen sind oder sich politisch exponieren, sind allerdings besonders drastisch betroffen, wenn autoritäre Kräfte an der Macht sind.

Antidemokratische Kräfte berufen sich oft selbst auf demokratische Prinzipien – allen voran auf die Meinungsfreiheit. Sie erklären sich zu Opfern von „Zensur“, wenn sie für menschenfeindliche Aussagen kritisiert werden. Sie behaupten, Meinungsfreiheit bedeute, alles sagen zu dürfen, ohne Konsequenzen oder Widerspruch zu erfahren. Wer dem widerspricht, wird öffentlich diffamiert. Wer sich wehrt, wird selbst als autoritär diffamiert. So wird demokratische Selbstverteidigung als das Problem – und sie, die die Demokratie angreifen, als Lösung dargestellt.

Antidemokratische Kräfte nutzen demokratische Freiheiten nicht, um sie für alle zu stärken, sondern um sie abzuschaffen. Deshalb ist es entscheidend, ihre Taktiken zu erkennen, ihre Umdeutungen zu durchschauen und die Demokratie aktiv zu verteidigen – mit Haltung, Wissen und Widerspruch.

## 2.2 Antidemokratische Akteursgruppen in Sachsen

Antidemokratische Einstellungen und Aktivitäten finden sich nicht nur in klassischen rechtsextremen Gruppen, sondern auch in Milieus, die zunächst unpolitisch oder harmlos erscheinen. Was sie verbindet, ist die Ablehnung zentraler demokratischer Grundprinzipien: Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Pluralismus, Gleichheit und individuelle Freiheitsrechte. Im Folgenden werden verschiedene Akteur\*innen und Bewegungen genannt, die durch antidemokratisches Denken und autoritäre Weltbilder auffallen.

► **Neonazistische Strukturen** Diese Gruppen vertreten offen neonazistische Positionen. Sie streben eine ethnisch homogene, also aus weißen Deutschen ohne Migrationsgeschichte bestehende „Volksgemeinschaft“ an, lehnen das Grundgesetz ab oder idealisieren den Nationalsozialismus. Gewalt gegen politische Gegner\*innen oder Minderheiten wird nicht nur gebilligt, sondern oft aktiv gefördert. In Sachsen agierende Parteien wie *Der III. Weg, Freie Sachsen* oder *Die Heimat* (ehemals *NPD*) sehen sich im Widerstand gegen das demokratische System und wollen es durch ein autoritäres, völkisches Regime ersetzen. Parteinaher Jugendorganisationen wie *Junge Nationalisten* (JN, *Eiblandrevolte* in Dresden) der Partei

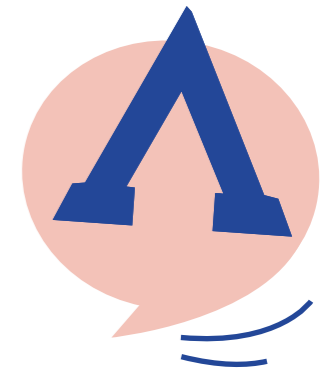


*Die Heimat* oder die *National Revolutionäre Jugend* (NRJ) des *III. Wegs* nutzen Angebote wie Wanderungen, Lesungen oder Kampfsport, um ihre Ideologie zu verbreiten, neue Anhänger\*innen zu gewinnen und die Szene kampftauglich zu machen.

An diesem Konzept orientieren sich auch sogenannte *Active Clubs* – so nennen sich dezentrale, meist über Social-Media-Plattformen organisierte Gruppen, die seit einiger Zeit in Deutschland vermehrt auftreten. Teils durch rechtsextreme Kader initiiert, können sie als moderne, sport- und lifestyleorientierte Nachfolge der Freien Kameradschaften gesehen werden und sind explizit an keine Partei geknüpft.<sup>2</sup> Lose organisierte Jugendgruppen mit neonazistischen Tendenzen (*Chemnitz Revolte, Urbs Turrium, Deutsche Jugend Voran*) treten außerdem seit Anfang 2025 verstärkt in Erscheinung – u.a. im Kontext der Proteste gegen CSD-Veranstaltungen oder durch Gewalttaten gegen politische Gegner\*innen.<sup>3</sup>

► **„Neue Rechte“** Im Gegensatz zu neonazistischen Strukturen versucht die sogenannte Neue Rechte, ihre Ideologie im bürgerlichen Gewand zu präsentieren. Die rechtsextreme Partei *AfD* tritt in der Breite betont seriös auf und leugnet etwa einen positiven Bezug auf den Nationalsozialismus sowie enge Verbindungen mit extrem rechten Gruppierungen zumindest offiziell. Viele teilweise einflussreiche Funktionär\*innen vertreten allerdings offen Positionen, die die Menschenwürde missachten, das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip in Frage stellen sowie eine klare Abgrenzung von extrem rechten Inhalten und Strukturen vermissen lassen.<sup>4</sup> Eine inhaltliche Radikalisierung in der Programmatik der Gesamtpartei ist ebenfalls beobachtbar, etwa in der Nutzung extrem rechter Wortneuschöpfungen wie „Remigration“ als beschönigendes Synonym für massenhafte Abschiebungen und deutschen Staatsbürger\*innen mit Migrationsgeschichte. Die *AfD* greift Justiz, Medien, Zivilgesellschaft und das Parlament systematisch und offen an und verbreitet Verschwörungserzählungen. Inhaltlich und personell verbindet die *AfD* verschiedene antidemokratische Positionen, bietet ihnen eine politische Plattform sowie eine parlamentarische Stimme und übernimmt durch vielfältige persönliche Verbindungen ihrer Abgeordneten in einschlägigen Strukturen<sup>5</sup> eine strategische Klammerfunktion für antidemokratische Kräfte.

Die *Identitäre Bewegung* (in Sachsen: *Sachsengarde*) inszeniert sich als aktionistische und junge Gruppierung, bezieht sich im Kern – rhetorisch modernisiert – aber auf das rassistische Konzept des sogenannten Ethnopluralismus. Das „Volk“ meint nach diesem nationalistischen Konzept nicht die Bevölkerung eines Staates, sondern wird stattdessen mit Ethnie gleichgesetzt. Jedes „Volk“ hat dieser Ideologie zufolge eine vermeintlich unveränderliche kulturelle Identität, die vor äußeren Einflüssen geschützt werden müsse, so die Argumentation. Deshalb sollten „Völker“ sich strikt voneinander abgrenzen und auf innere Homogenität achten. Dieser „Rassismus ohne Rassen“ ist somit klassisch rechtsextrem zu verorten.



2 Quelle: Bastian Stock (2025): Alter Wein in neuen Boxhandschuhen? – Die Active Clubs als Kameradschaftsmodell 2.0, [www.wi-rex.de/active-clubs](http://www.wi-rex.de/active-clubs)

3 Quelle: Der Spiegel (2025): Ermittlungen gegen die neuen Schläger in der rechten Szene, [www.spiegel.de/panorama/justiz/nachwuchs-nazis-ermittlungen-gegen-die-neuen-schlaeger-in-der-rechten-szene-a-d2f1d7ce-8af4-499d-be16-664c722cd8d2](http://www.spiegel.de/panorama/justiz/nachwuchs-nazis-ermittlungen-gegen-die-neuen-schlaeger-in-der-rechten-szene-a-d2f1d7ce-8af4-499d-be16-664c722cd8d2)

4 Quelle: Der Spiegel (2025): Rechtsextreme AfD – hier sind die Belege des Verfassungsschutzes, [www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-ist-rechts-extrem-hier-sind-die-belege-des-verfassungsschutzes-a-b5fa40e4-a54e-410a-8cc7-ade35d09f77c?gift-Token=4b8895e4-ba05-4b0c-9426-8cc37a8eb3ab](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-ist-rechts-extrem-hier-sind-die-belege-des-verfassungsschutzes-a-b5fa40e4-a54e-410a-8cc7-ade35d09f77c?gift-Token=4b8895e4-ba05-4b0c-9426-8cc37a8eb3ab)

5 Quelle: tagesschau (2024): AfD im Bundestag beschäftigt mehr als 100 Rechtsextreme, [www.tagesschau.de/investigativ/br-recherche/afd-bundestag-rechtsextreme-mitarbeiter-100.html](http://www.tagesschau.de/investigativ/br-recherche/afd-bundestag-rechtsextreme-mitarbeiter-100.html)



► **Reichsbürgermilieu** Anhänger\*innen der Reichsbürger-Szene erkennen die Bundesrepublik Deutschland nicht als legitimen Staat an. Sie lehnen Gesetze, Behörden und demokratische Wahlen ab und rufen stattdessen „eigene Staaten“, wie das *Königreich Deutschland*, aus oder berufen sich auf eine ältere und ungültige Verfassung, so zum Beispiel den *Vaterländischen Hilfsdienst*. Dabei verknüpfen sie Geschichtsmysen mit autoritären Selbstverwaltungsphantasien. Akteur\*innen aus dem Reichsbürger-Milieu nutzen auch Gewalt gegen Vollstreckungsbeamte oder überlasten Behörden mit seitenlangen Pseudo-Anträgen. Die Bewegung ist in vielen Teilen antisemitisch, gewaltbereit und extrem staatsfeindlich geprägt. Es gibt Anknüpfung- und Überschneidungspunkte mit der extremen Rechten, so sprechen sich zum Beispiel auch die *Freien Sachsen* für ein „freies Königreich Sachsen“ aus.

► **Völkische Siedler\*innen** Diese Gruppen versuchen, abgeschottete Lebensräume auf dem Land zu etablieren, in denen extrem rechte Ideologie bewusst gelebt wird. Dabei geht es nicht nur um Lebensstil, sondern um Raumgewinn für die Bewegung. Antidemokratische Vorstellungen werden über rückwärtsgewandte Formen der Kindererziehung, des Brauchtums, über Landwirtschaft und Nachbarschaftshilfe vermittelt – gezielt außerhalb gesellschaftlicher Kontrolle. Bekannte Beispiele sind die mittlerweile aufgelöste Vereinigung *Zusammenrücken in Mitteldeutschland* in Sachsen oder *Goldenes Grabow* in Mecklenburg-Vorpommern. Häufig finden sich direkte Bezüge zum Gedankengut des Nationalsozialismus, in dem das rassistisch-antisemitische Denken der völkischen Bewegung seine Wurzeln hat.

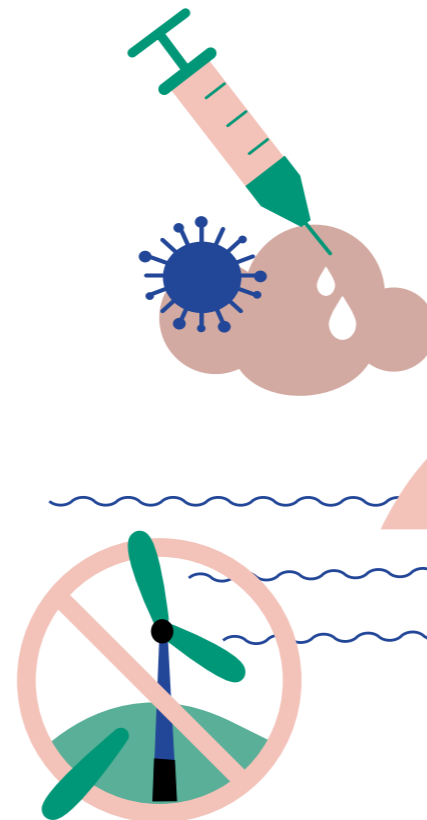
► **Esoterik und „Freilernerzene“** Es ist zu beobachten, dass spirituelle oder bildungskritische Gegenkultur in vielen Fällen Überschneidungen zu autoritären oder rechtsextremen Strukturen aufweist. Die sogenannte *Anastasia*-Bewegung idealisiert ein völkisches, naturbezogenes Leben mit veralteten Rollenbildern und patriarchalen Strukturen und lehnt moderne Wissenschaft und Demokratie ab. „Freilernen“ wird in diesen Kontexten nicht als pädagogisches Experiment verstanden, sondern als Ausdruck einer Weltanschauung, die den Staat als „Feind der Familie“ begreift. Seminare von Anbietern wie *ISKA – Internationale Schul-, Sport- und Kultur-Akademie* oder *Wissen Schafft Freiheit* verbreiten hier verschwörungsideologische Inhalte – häufig mit antisemitischen oder antiwestlichen Bezügen. Oft finden sich auch in diesen Gruppierungen personelle wie ideologische Überschneidungen zu völkischen Siedlern, zum Beispiel im Fall von *Weda Elysia* im Harz.

► **Querdenken-Bewegung** Die *Querdenken-Bewegung* vereinte während der Pandemie Impfgegner\*innen, Anhänger\*innen von Esoterik oder Reichsideologie, Rechtsextreme und Verschwörungsgläubige. Sie ist zu einem Sammelbecken antidemokratischer Kräfte geworden. Staatliche Institutionen werden in diesen Kreisen überwiegend abgelehnt, wissenschaftliche Erkenntnisse relativiert oder geleugnet und autoritäre, teilweise antisemitische Weltbilder verbreitet. Demokratisch gewählte Regierungen werden als „Diktatur“ diffamiert – oft im Schulterschluss mit Rechtsextremen.

► **Anti-Windkraft-Bewegung** Windkraftgegner\*innen sind nicht per se antidemokratisch. Teile der Szene sind jedoch offen oder vereinnehmbar für Verschwörungserzählungen, Wissenschafts- und Staatsfeindlichkeit und autoritäres Denken. Unter dem Vorwand des Umweltschutzes oder steigender Strompreise können bspw. verschwörungsideologische Narrative verbreitet werden, die Medien, Wissenschaft und Politik als Teil eines „großen Plans“ zur Unterdrückung der Bevölkerung darstellen. Auch hier finden sich personelle und ideologische Überschneidungen mit der *Querdenken-Bewegung*, der *AfD*, den *Freien Sachsen* und Reichsbürger\*innen.

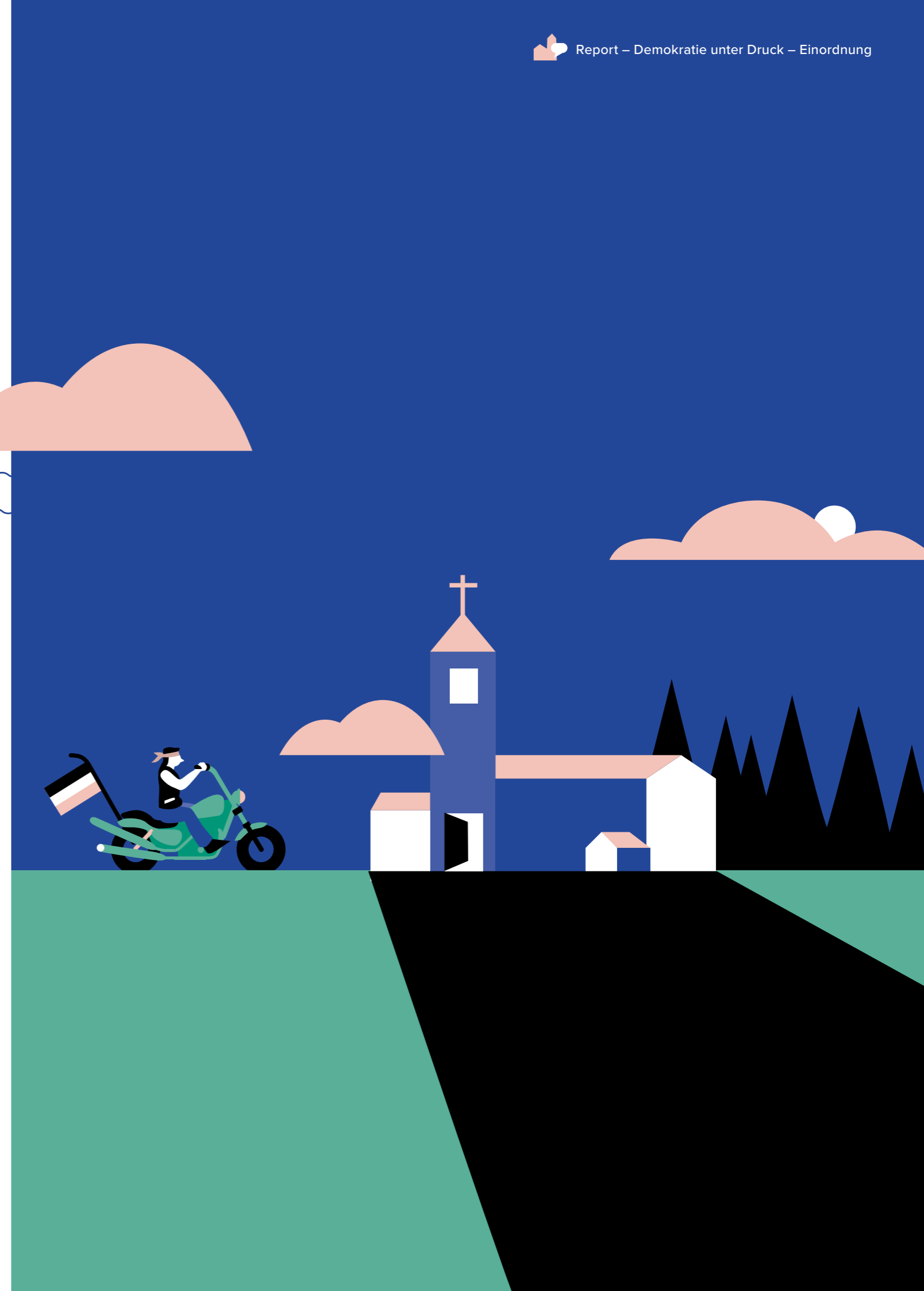
► **Religiöse Fundamentalist\*innen** Religiös-fundamentalistische Gruppen vertreten ein autoritäres Weltbild, das sich an einer vermeintlich „göttlichen Ordnung“ und einer wörtlichen Auslegung religiöser Schriften orientiert – mit der damit einhergehenden Ablehnung von Gleichstellung, modernen Familienmodellen, sexueller Vielfalt und Pluralismus. Christliche Fundamentalist\*innen treten häufig im Zusammenhang mit Antiabtreibungs-Demonstrationen auf und verbreiten queerfeindliche Rhetorik sowie antifeministische Positionen. Diese Ansichten werden von Rechtsextremen unterstützt – teilweise gibt es direkte Verbindungen bzw. Überschneidungen. Ein besonders prominentes Beispiel hierfür ist der jährlich im sächsischen Annaberg-Buchholz stattfindende „Schweigemarsch für das Leben“, bei dem regelmäßig 600 bis 700 Abtreibungsgegner\*innen in stummer Prozession zum Erzgebirgsklinikum ziehen – und der dabei rechtskonservative bis fundamentalistische Christ\*innen und rechtsextreme Akteur\*innen bzw. Unterstützer\*innen der *AfD* vereint.<sup>6</sup>

► **Rechtsextreme Rockerclubs** Einige Rockerclubs wie z.B. *Brigade 8*<sup>7</sup> oder die *Turonen* lassen sich der rechtsextremen Szene zuordnen und operieren als kriminelle Milieus bzw. handeln in Parallelstrukturen und stellen sich somit gegen das staatliche Gewaltmonopol. Diese Gruppen übernehmen Aufgaben im Sicherheitsbereich bei Konzerten, in Diskotheken oder auf Veranstaltungen und ermöglichen kriminelle Finanzierungsmodelle. Solche Zusammenhänge sind selten in der Öffentlichkeit sichtbar, ermöglichen der extremen Rechten jedoch Zugang zu Machtstrukturen.



6 Quelle: Johannes Grunert & Anna-Louise Lang (2022): EFBI Policy Paper 2022-3: Situationsanalyse rechter und antidemokratischer Strukturen im Erzgebirgskreis, ↗ [www.efbi.de/files/efbi/pdfs/Policy%20Paper/Policy%20Paper%202022\\_3\\_final\\_1312\\_compressed.pdf](http://www.efbi.de/files/efbi/pdfs/Policy%20Paper/Policy%20Paper%202022_3_final_1312_compressed.pdf)

7 Quelle: David Janzen (2013): Zwischen Rockermythos und „Blood & Honor“, ↗ [www.senatspressestelle.bremen.de/sixcms/media.php/13/130621\\_Pressekonferenz\\_Brig8-4.pdf](http://www.senatspressestelle.bremen.de/sixcms/media.php/13/130621_Pressekonferenz_Brig8-4.pdf)



## 2.3 Strategie und Taktik hinter den Aktionsformen

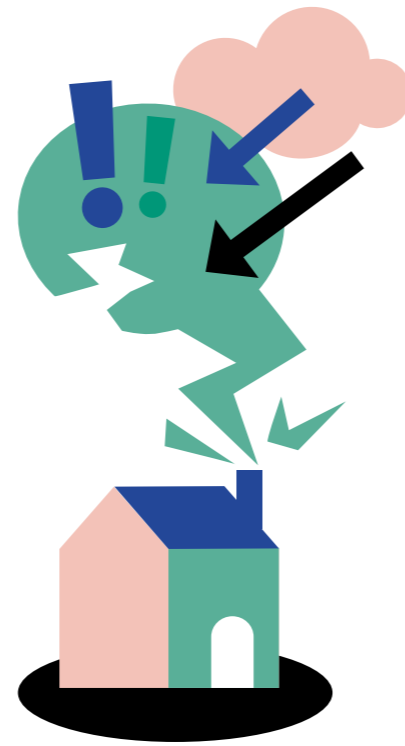
Antidemokratische Kräfte arbeiten selten offen auf die Abschaffung der Demokratie hin. Viel häufiger setzen sie auf eine strategische schrittweise Unterwanderung gesellschaftlicher und politischer Räume. Sie kombinieren scheinbar bürgerliches Engagement mit gezielter Ideologearbeit und nutzen aufkommende Lücken im demokratischen System aus, um ihre Vorstellungen zu verbreiten, Einfluss zu gewinnen und gesellschaftliche Gegenwehr zu schwächen.

Antidemokratische Kräfte konzentrieren ihre Aktivitäten zunehmend auf den ländlichen Raum. In kleinen Städten und Dörfern und in strukturschwachen Regionen treffen sie auf Bedingungen, die ihre Einflussnahme erleichtern: fehlende oder schwache Zivilgesellschaft, schwache Medienlandschaft, wenig politische Gegenwehr, fehlende soziale oder kulturelle Angebote und teils überlastete oder abwesende kommunale Strukturen. Gerade dort entfalten ihre Taktiken eine besonders nachhaltige Wirkung.

**Im Folgenden werden einige der beobachtbaren Strategien in ihren Zielen und Erscheinungsformen beschrieben.**

► **Vereinnahmung von bürgerschaftlichem Engagement** Antidemokratische Akteure nutzen den vorpolitischen Raum, also den gesellschaftlichen Bereich außerhalb von Parteien und Institutionen, um bürgerschaftliches Engagement zu instrumentalisieren und ihre Ideologie unter dem Deckmantel zivilgesellschaftlicher Teilhabe schleichend zu normalisieren. Antidemokratische Gruppen treten als vermeintlich unpolitische Bürgerinitiativen auf – etwa gegen Windkraft, Schulpolitik oder Migration – und tarnen ihre ideologischen Ziele hinter lokalem Protest. Auch Elternvertretungen, Sportvereine und gemeinnützige Vereine sind Ziel solcher Einflussnahmen. Hier werden persönliche Beziehungen und Abhängigkeiten aufgebaut, welche eine Distanzierung erschweren. Anschließend werden rechtsextreme Positionen eingebracht, demokratische Prozesse behindert und oppositionelle Stimmen eingeschüchtert. Zu beobachten ist dieses Vorgehen beispielsweise stark bei den *Freien Sachsen*.

► **Sozialer Druck und Schweigespiralen** Kleine Gemeinden verfügen oft über enge soziale Netzwerke. Wer sich kritisch äußert, riskiert persönliche oder berufliche Nachteile – etwa als Lehrer\*in, Unternehmer\*in oder Vereinsmitglied. Antidemokratische Kräfte nutzen das gezielt aus, um kritische Stimmen einzuschüchtern oder zu isolieren. Aus Angst vor Repressalien oder sozialer Ausgrenzung entsteht eine Schweigespirale, die demokratisches Engagement zusätzlich erschwert. Völkische Siedler\*innen, die sich aktiv in Gemeinden verankern, nutzen diese Dynamik oft aus.



► **Strategische Kommunikation** Auf dem Land greifen antidemokratische Erzählungen besonders gut, wenn sie mit dem Gefühl einer „abgehängten Region“ und dem Wunsch nach Identität, Selbstbestimmung oder traditionellem Leben verknüpft werden. Begriffe wie „Heimat“, „Natürlichkeit“, „Familie“ oder „Souveränität“ werden rechtsextrem angeeignet und gezielt in ideologische Konzepte eingebettet – etwa in der *Anastasia*-Bewegung oder bei völkischen Siedler\*innen. Damit erscheinen sie nicht als politische Forderung, sondern als „gelebte Alternative“.

► **Immobilienkäufe und Aufbau von Gegenstrukturen** Der ländliche Raum bietet antidemokratischen Akteur\*innen die Möglichkeit, Räume zu besetzen und zu gestalten. Mit dem Kauf von Immobilien – Höfen, Gasthäusern oder leerstehenden Schulen – entstehen Treffpunkte, Veranstaltungsorte und Rückzugsräume, in denen sich eine Gegenöffentlichkeit entwickeln kann. Dort finden nicht nur Sonnenwendfeiern oder ideologische „Schulungen“ statt, die Orte dienen auch der langfristigen Etablierung einer lokalen rechtsextremen Infrastruktur und der Verbreitung völkischen Denkens. Darüber hinaus entstehen kulturelle Gegenstrukturen wie rechtsextreme Kampfsport-Gyms, eigene Musiklabels oder Versandplattformen für Kleidung oder Literatur – als identitätsstiftende, finanzielle und mit Blick auf Kampfsport auch praktische Basis für die Verbreitung rechtsextremer Ideologie.

► **Infrastrukturelle Lücken – mehr Wirkmacht** In vielen ländlichen Regionen fehlt eine kritische Öffentlichkeit. Lokale Medien erscheinen selten oder teilweise gar nicht mehr, aktive parteipolitische Arbeit ist vor allem in der Breite teilweise nicht mehr stemmbar, und zivilgesellschaftliche Organisationen sind unterbesetzt. Das schafft Räume, in denen antidemokratische Gruppen kaum auf Widerspruch stoßen. Völkische Siedler\*innen, Reichsbürger\*innen oder extrem rechte Initiativen können sich dadurch leichter als „ganz normale Nachbarn“ ins gesellschaftliche Leben einfügen, ohne zu sehr aufzufallen.

► **Mediale Leerstellen – eigene Infomedien und Parallelöffentlichkeiten** Dort, wo kommunale journalistische Strukturen fehlen, füllen antidemokratische Akteur\*innen gezielt das Informationsvakuum. Sie gründen lokale Nachrichtenportale, Newsletter oder „Heimatzeitungen“, in denen vermeintlich neutrale Lokalnachrichten mit Desinformation, Stimmungsmache und verschwörungsideologischen Inhalten angereichert werden. So entstehen Parallelöffentlichkeiten, die das Vertrauen in unabhängige Medien und staatliche Institutionen untergraben. Ein Beispiel hierfür ist im Interview mit dem Leisniger Bürgermeister zu lesen (*siehe Kapitel 4*).

► **Online-Räume: Propaganda, Rekrutierung, Mobilisierung** Online-Plattformen wie Telegram, WhatsApp, YouTube oder TikTok sind zentrale Werkzeuge antidemokratischer Strategien. Hier werden Verschwörungserzählungen, Desinformation und Menschenfeindlichkeit

mit relativ einfachen Mitteln und einer gleichzeitig hohen Reichweite verbreitet – oft in professionell aufbereiteten Formaten. Die Nutzung von Tools künstlicher Intelligenz zur Erstellung von Inhalten vereinfacht dies noch einmal. Online-Räume dienen der Rekrutierung (etwa über zunächst harmlos wirkende Themen wie Esoterik oder Elternrechte), der Radikalisierung und der Mobilisierung zu Demonstrationen, Kampagnen oder Gewaltaktionen. Viele Szenen vernetzen sich hier überregional und handeln arbeitsteilig bei der Verbreitung ihrer Inhalte.

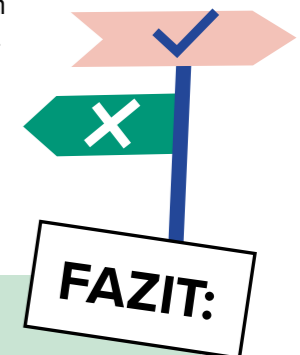
► **Eigene Veranstaltungen** Antidemokratische Gruppen schaffen sich eigene Erlebnisräume. Sonnenwendfeiern, Heldengedenken, „Heimatabende“, Rechtsrockkonzerte, Kampfsport-Wettkämpfe oder Bildungsveranstaltungen dienen nicht nur der ideologischen Festigung nach innen – sie wirken nach außen als harmlos erscheinende Familienfeste oder Kulturveranstaltungen. Tatsächlich sind sie zentrale Orte der Vernetzung, Radikalisierung und politischen Mobilisierung. Speziell Jugendliche werden mit Kampfsporttrainings, Abenteuer-Wanderungen und Propaganda-Aktionen angesprochen.

► **(Dauer-)Proteste und Demonstrationen** Regelmäßige Demonstrationen wie *Montagsdemos*, sogenannte „*Spaziergänge*“ oder Kundgebungen gegen Geflüchtetenunterkünften dienen antidemokratischen Kräften als langfristige Mobilisierungsstruktur. Lokale Kleingruppen halten diese Formate konstant am Laufen, schaffen Sichtbarkeit und binden neue Mitläufer\*innen. Sie fungieren als ideologische Basis, die jederzeit reaktiviert werden kann – etwa bei gesellschaftlichen Krisen oder politisch aufgeladenen Ereignissen, die sich instrumentalisieren lassen. So entstehen aus scheinbar kleinen Protesten größere Bewegungen.

► **Kandidaturen bei Wahlen** Ein zentrales Einfallstor in die demokratische Öffentlichkeit ist die Beteiligung an Wahlen – auf kommunaler wie auf Landes- und Bundesebene. Personen aus dem Spektrum der *AfD* oder der *Freien Sachsen* präsentieren sich dabei oft als „Vertreter des Volkes“ auf „unabhängigen Bürgerlisten“. Teilweise treten Kandidierende nicht für die genannten Parteien an und geben sich als Parteilose, die aber dennoch Politik im Sinne der Rechtsextremen umsetzen. Sie nutzen das Vertrauen in demokratische Verfahren, um politische Ämter zu besetzen, von denen aus sie demokratische Strukturen untergraben, Gegner\*innen diffamieren und ihre Themen institutionalisieren können. Diese Positionen dienen außerdem dazu, interne Informationen abzugreifen, unliebsamen Vereinen und Institutionen die Mittel zu kürzen oder den eigenen Organisationen Ressourcen zu beschaffen.

► **Einschüchterung und Delegitimierung von Zivilgesellschaft und Einzelpersonen** Zivilgesellschaftliche Akteur\*innen – wie Antirassismus-Vereine, Jugendinitiativen, Demokratie-Projekte, Journalist\*innen oder Ehrenamtliche – stehen besonders häufig im Fadenkreuz antidemokratischer Akteur\*innen. Auch klar

demokratisch oder liberal positionierte Kommunalpolitiker\*innen werden regelmäßig zur Zielscheibe. Sie werden auf Social-Media-Plattformen diffamiert, durch Drohungen eingeschüchtert, werden öffentlich als „Volksverräter“ markiert oder sind von Sachbeschädigung oder Gewalt betroffen. Diese gezielte Delegitimierung soll nicht nur kritische Stimmen zum Schweigen bringen, sondern auch andere davon abschrecken, sich zivilgesellschaftlich oder kommunalpolitisch zu engagieren.



## 2.4 Ländliche Räume sind anfällig für antidemokratische Einflussnahme

Antidemokratische Kräfte arbeiten systematisch und langfristig. Sie nutzen demokratische Freiheiten, um sie zu schwächen – durch strategische Einflussnahme, Tarnung, Einschüchterung und den gezielten Aufbau von Gegenstrukturen. Gerade deshalb ist es entscheidend, diese Taktiken zu kennen, sie frühzeitig zu erkennen und ihnen entschlossen mit demokratischen Mitteln und zivilgesellschaftlichem Wirken zu begegnen. Der ländliche Raum ist dabei kein Nebenschauplatz, sondern ein strategischer Schwerpunkt antidemokratischer Bestrebungen. Hier versuchen autoritäre Kräfte, Strukturen zu übernehmen, Deutungshoheit zu gewinnen und langfristig gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen. Umso wichtiger ist es, auch in kleinen Gemeinden demokratisches Engagement zu stärken, Gegenöffentlichkeit zu schaffen und diejenigen zu unterstützen, die vor Ort Haltung zeigen wollen.

## FALLBEISPIELE

**Bedrohungsszenarien –  
Fallbeispiele aus Sachsen**

Wie konkret antidemokratische Einflussnahme in kleinen Kommunen aussehen kann, zeigen die folgenden Fallbeispiele. Sie basieren auf dokumentierten Entwicklungen in Sachsen, wurden jedoch zum Schutz realer Personen und Orte vollständig verfremdet und neu zusammengestellt. Beispielhaft machen sie deutlich, mit welchen Strategien Rechtsextreme arbeiten – und wo frühzeitiges Erkennen und entschlossenes Handeln gefragt sind.

**„Hof Sonnenquell“: Wie völkische  
Kräfte ein Dorf verändern**

Wir sind in Lindenhain, einem beschaulichen Dorf in Sachsen. Es liegt eingebettet zwischen sanften Hügeln und dichten Wäldern, zwischen Kleinstadt und Fernverkehrsstraße. Das Leben hier ist geprägt von Traditionen, und die 900-köpfige Dorfgemeinschaft ist eng verbunden: Man kennt sich, man grüßt sich, man redet – meist noch auf dem kurzen Weg am Gartenzaun oder bei einem Bier nach dem Fußballtraining der D-Jugend. Außerdem gibt es eine vitale Vereinslandschaft im Ort: Vom Kleintierzüchterverein über die Freiwillige Feuerwehr und den Chor bis zum Heimatverein, der die Erntefeste organisiert, gibt es diverse Beteiligungsmöglichkeiten in Lindenhain. Mit dem Verkauf eines alten Vierseitenhofs beginnt eine Veränderung, die das Dorf nachhaltig beeinflusst.

**Neuer Wind**

Als im Herbst 2021 der alte Vierseitenhof am südlichen Ortsrand verkauft wird, nehmen die meisten es mit einer Mischung aus Neugier und Hoffnung zur Kenntnis. Der Hof stand leer, seit der veritwete Milchbauer vor drei Jahren verstorben war. Seine Kinder lebten schon länger mit den Enkelkindern in der Großstadt. Es ist ein Ehepaar aus Westdeutschland, das den leerstehenden Hof erwirbt und mit der 6-köpfigen Familie einzieht – freundlich, höflich, voller Tatendrang. Bald macht eine Nachricht die Runde im Dorf: Der Hof solle mehr sein als ein Wohnort – er solle als Herzstück einer sich selbst versorgenden und naturnah lebenden Gemeinschaft zum ganzheitlichen Projekt werden. Anfangs begrüßen die meisten im Dorf die Initiative, das Vorhaben klingt nach frischem Wind und neuen Impulsen für das Dorfleben – auch wenn einige ihren Missmut darüber äußern, dass es

3.



mal wieder ausgerechnet Käufer\*innen aus dem Westen sind. Bald taucht ein Name auf einem hölzernen Schild über der Zufahrt auf: „Hof Sonnenquell“.

Dann ziehen weitere Familien auf den Hof, alle aus verschiedenen Regionen, unter anderem auch die Imker-Familie aus dem Nachbarort. Die neuen Dorfbewohner\*innen treten freundlich auf, sind zurückhaltend, und alle scheint eine ähnliche Vorstellung von einem „ursprünglichen“ Leben zu verbinden. Auf dem Hoffest im Frühling, zu dem die Dorfgemeinschaft eingeladen wird, gibt es hausgebackenes Brot, selbstgepressten Apfelsaft, Salben aus Ringelblumen. Die angebotenen Handwerkskurse finden großen Anklang insbesondere bei der traditionsliebenden Nachbarschaft.

Die Hofgemeinschaft wächst langsam mit der Dorfgemeinschaft zusammen. Stets höflich auftretend, engagieren sich einige bei der Vorbereitung des Weihnachtsmarkts, helfen beim Streichen des Vereinsheims. Bald übernimmt ein Mitglied des Hofes Sonnenquell, der Imker aus dem Nachbarort, den Kassenwartsposten beim Sportverein. Auch ein ehemaliger NPD-Funktionär, der v.a. in den 2000er Jahren in der Region aktiv war, in der Gegend mittlerweile aber als schrulliger Geschichten-erzähler von den meisten nur noch belächelt wird, geht auf dem Hof ein und aus.

### **Windige Machenschaften?**

Die Sonnenwendfeier des Hofes im Juni ist aufwändig inszeniert. Etwas altertümlich muten diese Veranstaltungen schon an: Die Sonnenquell-Bewohner\*innen treten an dem Abend in trachtenähnlicher Kleidung auf, und es werden runenähnliche Holzgebilde abgebrannt. Am Feuer werden Lieder gesungen, bei denen der ein oder andere stutzig wird: Das Militärische passt so gar nicht zu dem eher ökologischen Rahmen der Veranstaltung. Ein im Dorfchat geteiltes Video von der Lagerfeuerrunde sorgt am folgenden Morgen für Diskussionsstoff: Eine der Jugendlichen aus dem Dorf, die längst zum Studium weggezogen ist, schreibt alarmierende Nachrichten,

das gesungene Lied sei das verbotene „Horst-Wessel-Lied“, ein Kampflied der SA. Sowohl in der Messenger-Gruppe als auch in der Dorfbäckerei variieren die Positionen dazu, ob man intervenieren muss. Vielleicht war das Lied ja auch nur zufällig in dem eh schon alten Liederbuch gewesen, beim Klang der Akustikgitarre hatten die meisten doch eh nicht auf den Text geachtet. Die Sonnenquell-Bewohner\*innen bleiben in jedem Fall bemerkenswert still und weichen bei direkten Konfrontationen aus.

Einige Wochen später kursieren im Ort Flugblätter mit dem Titel „Bildung statt Zwang – raus aus dem Schulstaat!“. Es sind professionell gesetzte Flyer, auf denen keine Namen stehen – stattdessen taucht das Emblem eines gemeinnützigen Vereins auf, den niemand richtig einordnen kann. Auch im Dorfchat werden die Flyer geteilt. In einigen der befürwortenden Kommentare ist von „Fremdsteuerung“ und dem „Recht auf echte Souveränität“ die Rede. Manche reagieren mit einem Daumen: Viele sind schließlich auch unzufrieden mit der Bildungspolitik, vor ein paar Jahren erst wurden zwei Grundschulen im Landkreis aufgrund des Lehrkräftemangels zusammengelegt.

Fast unbemerkt entsteht in der Folgezeit eine neue Struktur, die besonders Eltern anspricht, die sich vom staatlichen Schulsystem entfremdet fühlen. Eine lose Gruppe, die sich während der Corona-Proteste gefunden hatte, beginnt mit der Organisation regelmäßiger Treffen auf Hof Sonnenquell, bei denen über Alternativen zum „Schulzwang“ gesprochen wird. Es ist die Rede von einer „Elternakademie“, die kindgerechtes, freies Lernen ermöglichen sollte – ohne Notendruck, ohne staatliche Lehrpläne, dafür mit „naturnahen“ und „ganzheitlichen“ Ansätzen. Im Ort kursieren bald Gerüchte über eine geplante Freilerner-Schule auf dem Hofgelände, die jedoch nie offiziell angekündigt wird. Einige der Inhalte, die bei Infoabenden und über Messenger-Gruppen geteilt werden, sorgen für Unbehagen: Neben esoterischen Ideen zur Erziehung finden sich hier Begrifflichkeiten aus einem völkisch geprägten Kulturverständnis – etwa

Warnungen vor einer „entwurzelten Schulbildung“, Kritik an der „Zerstörung traditioneller Familienstrukturen“ und misstrauische Äußerungen zur „Überfremdung“ des Lehrplans.

Ein Vertreter des Gemeinderats, der sich kritisch äußert, findet sein Auto eines Morgens mit aufgeschlitzten Reifen vor. Die Leiterin der örtlichen Kita lässt ihr Engagement im Elternbeirat ruhen – „es sei zuletzt einfach zu anstrengend geworden“, sagt sie. Zwischen den Zeilen ist zu hören, dass es nicht nur um Zeitmangel geht: Immer wieder habe es „unsachliche Diskussionen“ gegeben, etwa über Impfungen oder Essenspläne. In einer Gemeinderatssitzung kommt es zum Eklat: Ein Mitglied des Hofes hält ein zehnteiliges Statement zur „fehlenden Legitimität der BRD“ und kündigt an, zur nächsten Kommunalwahl mit einer eigenen Liste anzutreten. Zwei Monate später finden sich auf der Liste „Freie Gemeinschaft Lindenhain“ mehrere Mitglieder aus dem Umfeld des Sonnenquell-Hofes. Sie erzielen acht Prozent der Stimmen.

### **Gegenwind**

Erste Gegenbewegungen formieren sich. Eine Gruppe von Dorfbewohner\*innen gründet die Initiative „Lindenhain für Zusammenhalt“ und beginnt, Präsenz zu zeigen: mit einer Plakataktion im Ort und einer Reihe von Infoveranstaltungen, zu denen sie auch die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus einladen. Obwohl die Aushänge vor der Bäckerei regelmäßig abgerissen oder überklebt sind, ist der kleine Bürgersaal beim ersten Themenabend zwar nicht voll, aber deutlich besser besucht als erwartet. Das bleibt nicht ohne Folgen: Auf Social-Media-Plattformen kursieren diffamierende Kommentare, ein Mitorganisator erhält ein anonymes Schreiben mit Drohungen. Doch das Netzwerk wächst langsam, auch über den Ort hinaus. Eine Nachbargemeinde bietet Unterstützung an, die evangelische Jugendgruppe beteiligt sich mit einem Konzert. In Lindenhain selbst bleibt es ambivalent: Einige begrüßen die Initiative offen, manche fürchten Anfeindungen, andere „noch mehr Streit im Ort“. Wieder andere bleiben dabei: „Die Neuen haben vielleicht schrä-

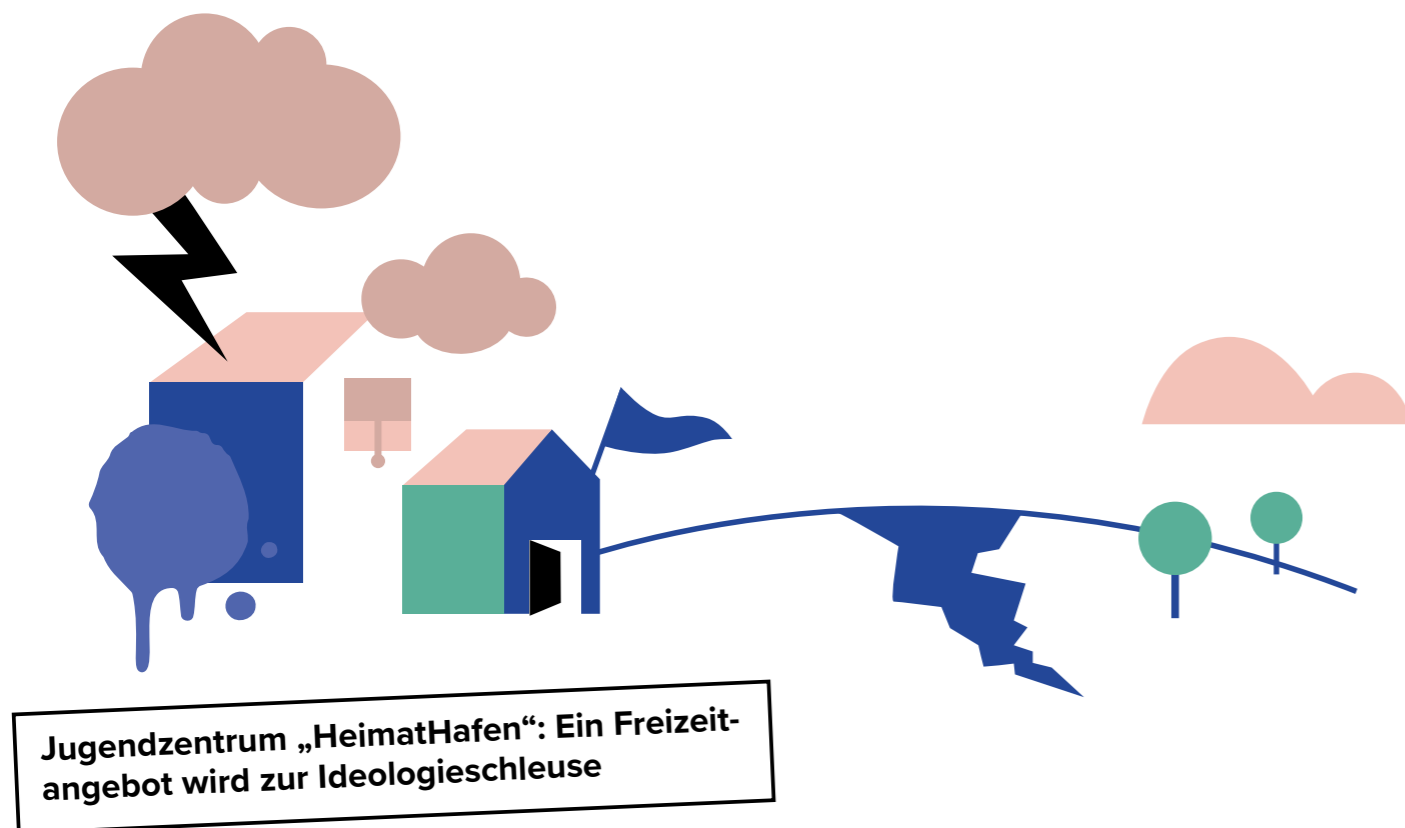
ge Ansichten, aber sie haben wenigstens den alten Hof wiederbelebt.“ Die Stimmung bleibt angespannt. Die nächste Sonnenwendfeier wird ohne öffentliche Einladung gefeiert, es gibt eine Gästeliste mit strenger Zugangskontrolle. Ein Gemeinderatsmitglied fordert die Prüfung eines Vereinsverbots von „Lindenhain gemeinsam e.V.“, den der Hof gegründet hat. Auf der Facebook-Seite der „Freien Gemeinschaft Lindenhain“ werden mittlerweile offen verschwörungsideologische Inhalte und Behauptungen geteilt, es gebe „Manipulation bei den Gemeinderatswahlen“.

Im Gemeindehaus gibt man sich betont sachlich, doch hinter den Kulissen wächst der Druck. Die Bürgermeisterin pendelt zwischen Krisengesprächen, Vermittlungsrunden und Presseanfragen – in der ehrenamtlichen Verwaltung stapeln sich mittlerweile offene Briefe und Eingaben aus der Bevölkerung. Einige Vereine kämpfen mit Austritten aus dem ein oder anderen Lager. Und beim Bäcker fragt sich mancher: Hätte man schon früher eingreifen können?

### **FAZIT:**

**Der Fall Lindenhain zeigt, wie aus einer scheinbar harmlosen Nachbarschaftsinitiative eine strategisch agierende Struktur werden kann – durch Immobilieneigentum, Vereinsengagement, Einflussnahme im Gemeinderat und geschickte Kommunikation in der Ortsgemeinschaft. Zugleich zeigt das gezeichnete Szenario, dass es Handlungsoptionen gibt: für lokale Zivilgesellschaft, transparente Kommunikation, vernetzte Gegenwehr – und eine aufmerksame, aber nicht alarmistische Haltung von Politik und Verwaltung.**

**HINWEIS:** Dieses Fallbeispiel ist fiktiv, aber orientiert an realen Ereignissen.



Christian L. wohnt in Schwanitz, einer kleinen Gemeinde mit knapp 2000 Einwohner\*innen zwischen weiten Ackerflächen und traditionellen Streuobstwiesen. Sein 15-jähriger Sohn Jonas ist ein ganz normaler Teenager – unauffällig, eher still, in seiner Klasse aber grundsätzlich sehr beliebt. Er liebt es, mit Freunden an seiner Simson zu schrauben und verbringt – wie alle Jugendlichen – viel Zeit im Netz. Christian weiß zwar nicht genau, was Jonas dort teilweise stundenlang macht (auf Nachfrage gibt es meistens einsilbige Antworten), aber er bekommt mit, dass er über seine Computerspiele eine richtige Freundesgruppe aufgebaut hat, das heißt Christian grundsätzlich gut. Vor allem, weil Angebote für Jugendliche außerhalb der Schule ansonsten rar gesät sind. Schon vor der Pandemie fehlten Gelder, Sozialpädagog\*innen wechselten häufig, das Programm war unregelmäßig. Mit dem ersten Lockdown kam allerdings das endgültige Aus: Der Träger zog sich zurück, der Schlüssel wanderte ins Rathausarchiv. Seitdem gab es zunächst keine Freizeitangebote mehr – und die Jugendlichen blieben sich selbst überlassen, aber im Netz immerhin in Kontakt.

### Ein scheinbar harmloser Neuanfang

Dann, im Frühjahr 2022, tauchten in Schwanitz Plakate auf: „Gemeinsam stark – neue Kraft für junge Leute in Schwanitz!“ Die Initiative stellte sich als selbstorganisiertes Jugendprojekt vor, getragen von „engagierten jungen Erwachsenen“, die partizipative Räume für Mitgestaltung schaffen wollten. Wie viele in der Gemeinde begrüßte Christian das Engagement – niemand wollte erneut über verwaahlte Räume oder orientierungslose Jugendliche sprechen.

Jonas war von vornherein dabei. Schon in der ersten Woche half er beim Umbau: Europaletten wurden zu Sofas gezimmert, ein Boxsack aufgehängt, im Keller eine Druckwerkstatt eingerichtet. Das Angebot wurde von Jugendlichen im Ort allgemein gut angenommen: Hier wurde nicht nur geredet, hier wurde getan – und es war schlichtweg das Einzige, was überhaupt stattfand. Bald entwickelte sich ein fester Teilnehmerkreis von rund 20 Jugendlichen, und ein Name für den neuen Jugendclub wurde gefunden: „HeimatHafen“ stand in schwarz-weiß-roter Farbe auf die Außenwand gesprüht.

### Schleichende Ideologie

Nach außen präsentierte sich der „HeimatHafen“ stets unpolitisch. Werte wie Gemeinschaft, Naturverbundenheit, Selbstermächtigung und Identität wurden allerdings immer betont. Christian gefiel, dass Jonas mit den „HeimatHafen“-Leuten nun öfter draußen war und sich sportlich betätigte: Sowohl das wöchentliche Boxtraining als auch Wanderungen am Wochenende lockten ihn vom Bildschirm weg. Außerdem schien Jonas sich plötzlich sogar für die Geschichte und Traditionen der Region zu interessieren: Er erzählte Christian von Vorträgen über die Kriegsgefallenen im Ort sowie von Liederabenden, die ganz ohne Soundsystem und Mischpult auskamen. Insgesamt war das Projekt für Christian zunächst eine Erleichterung – sein Sohn wirkte motivierter als je zuvor.

Irgendwann beginnt Christian, sich zu wundern: Dass Jonas das Schulsystem kritisiert, verwundert ihn erst einmal nicht (welcher Jugendliche geht schon gerne zur Schule?). Auch seine ablehnende Haltung zu den Corona-Regeln scheint nachvollziehbar, schließlich hat Jonas in jener Zeit viele Freizeitmöglichkeiten verloren. Aber als Jonas bei einem Bericht über eine CSD-Demonstration in den Morgennachrichten im Radio meint, dass „die Volksgemeinschaft jetzt vollkommen untergeht“, und „Remigration jetzt!“-Sticker auf seinem Schreibtisch liegen, beschleicht Christian das Gefühl, dass das „HeimatHafen“-Umfeld noch einen anderen Einfluss auf Jonas hat als nur die Sportbegeisterung und das geschichtliche Interesse. Christian beobachtet, dass sein Sohn zunehmend verschlossen ist. In der Schule läuft es schlecht – Jonas behauptet, dort „nichts Relevantes mehr zu lernen“. Er engagiert sich immer intensiver im „HeimatHafen“: Wahlweise begleitet er die Gruppenleitung zu Netzwerktreffen, arbeitet an einem eigenen Podcast und veröffentlicht Artikel auf einer Online-Plattform, die sich „Kampf und Geist“ nennt. Auf Rückfragen reagiert er mit Ablehnung – wer Kritik äußere, sei „noch nicht wach“, wer Fragen stelle, „nicht frei im Denken“. Jonas verbringt inzwischen fast seine gesamte freie Zeit mit der Gruppe. Alte Freundschaften, wie die zu Lo-

renz aus der Garage, der dem „HeimatHafen“ von Anfang an skeptisch gegenüberstand, verlieren sich zunehmend. Stattdessen sieht Christian, wie Jonas mit anderen selbsternannten Aktivisten Flugblätter verteilt, die vor einer angeblichen „Islamisierung“ der Region warnen. Für Christian ist das eine Grenze – er spricht seinen Sohn darauf an, wird aber hart zurückgewiesen: Er sei ein „Gegner der Meinungsfreiheit“ und wie alle anderen „von der Regierung gesteuert“.

### Hinter den Kulissen

Christian ist alarmiert und spricht mit anderen Eltern. Eine befreundete Mutter gibt ihm den Tipp, sich an ein Aussteigerprogramm zu wenden. Hier stößt er mit seinen Sorgen auf offene Ohren: Recherchen zeigen, dass der Kern der Initiative „HeimatHafen“ ideologisch wie personell Verbindungen zum Umfeld des „III. Weg“ unterhält. Ein Akteur war bereits früher bei Neonazi-Kampfsport-Events in Sachsen und Thüringen aufgefallen. Ein anderer der Initiatoren ist Teil eines rechtsextremen Rap-Labels. Beide sind wiederholt als Veranstalter rechtsextremer Demonstrationen und Kundgebungen im gesamten Bundesgebiet, zumeist allerdings in Mitteldeutschland, aufgefallen. Über das „HeimatHafen“-Projekt sollten Jugendliche gezielt angeworben werden, an überregionalen „Erlebniswochenenden“ teilzunehmen – um dort paramilitärische Ausbildungen und ideologische Schulungen zu bekommen. Was als pädagogische Initiative verkauft worden war, war tatsächlich also ein ideologisch durchwirktes Kaderprojekt – mit einer klaren Vorstellung davon, wer dazugehört und wer nicht.

Christian lernt, dass es sich hierbei um keinen Einzelfall handelt: Die Raumeignung durch scheinbar soziales und kulturelles Engagement in der Jugendarbeit ist eine typische Methode und in dieser Form bereits etwa im Vogtland zu beobachten gewesen.<sup>8</sup>

<sup>8</sup> Quelle: Kulturbüro Sachsen e.V. (2020): Monitorium Rechts. #Heft 03. Der III. Weg in Sachsen, [www.kulturbuero-sachsen.de/wp/wp-content/uploads/2020/07/Monitorium\\_Rechts\\_03.pdf](http://www.kulturbuero-sachsen.de/wp/wp-content/uploads/2020/07/Monitorium_Rechts_03.pdf)

Der Mitarbeiter des Aussteigerprogramms erklärt Christian, dass derartige Prozesse oft schleichend verlaufen – gerade in der Pubertät, wenn Jugendliche auf der Suche nach Orientierung und Zugehörigkeit sind. Er rät Christian, trotz aller Provokationen keine Hemmungen zu haben, weiterhin unbequeme Fragen zu stellen – aber ohne Druck, ohne moralische Abwertung. Statt Konfrontation gehe es darum, Irritationen zu säen, Räume für Zweifel zu öffnen und als Vater verlässlich präsent zu bleiben. Es sei wichtig, den Zugang nicht zu verlieren und Jonas immer wieder Gesprächsbereitschaft zu signalisieren. Christian gibt sein Bestes – auch wenn es ihm zunehmend schwerfällt, geduldig und offen zu bleiben, wenn Jonas mit Parolen statt Argumenten antwortet.

### Reaktion der Kommune

Als ein TikTok-Video eines der Jugendlichen aus dem „HeimatHafen“-Umfeld die Runde macht – darin ruft er zum „Systemwiderstand“ auf, postet martialische Bilder in Tarnkleidung und mit einschlägigen Symbolen –, geraten schließlich auch die örtliche Oberschule und die Gemeindeverwaltung unter Zugzwang. Doch es fehlt an klarer Handhabe: Der Jugendclub war nie offiziell genehmigt oder gefördert worden, es gab weder eine Trägerstruktur noch offizielle Ansprechpersonen. Durch weiteren Druck aus der Zivilgesellschaft – eine engagierte Schulsozialarbeiterin der Oberschule, ein Mitarbeiter des Jugendamts im Landkreis, eine lokale Pfarrerin – gewinnt der Fall öffentliche Aufmerksamkeit. Die Lokalpresse berichtet, ein runder Tisch wird in der Gemeinde gegründet, der Jugendhilfeausschuss des Landkreises wird aktiv.

Jonas hat zu dem Zeitpunkt bereits merklich Abstand zur Gruppe gewonnen. Auch räumlich: Seit er seine Grundausbildung bei der Bundeswehr begonnen hat, ist er, wenn überhaupt, nur noch am Wochenende bei seinem Vater. Hin und wieder hört dieser weiterhin Kommentare über „linksgrüne Meinungsblasen“ oder den „woken Wahnsinn“, aber er scheint nicht mehr aktiv organisiert zu sein. Als im darauffolgenden Jahr bei einer Razzia im „HeimatHafen“ Beweismittel sichergestellt werden, die auf konkrete Pläne für einen Brandanschlag auf eine Geflüchtetenunterkunft hinweisen, wirkt Jonas auf seinen Vater ehrlich empört. Christian ist erschüttert, wie nah sein Sohn einer Gruppe gestanden hatte, die offenbar bereit war, derartige Gewalt auszuüben. Für ihn bleibt vor allem die Frage, wie man von Beginn an hätte erkennen können, was hinter dem „HeimatHafen“ wirklich steckt.

### FAZIT:

**Der Fall Schwanitz zeigt exemplarisch, wie niedrigschwellig und strategisch Rechtsextreme versuchen, in ländlichen Regionen Strukturen zu schaffen – oft dort, wo es ohnehin an Angeboten und Ressourcen fehlt. Unter dem Deckmantel jugendlicher Selbstorganisation entstehen Räume, die Zugehörigkeit und Sinn versprechen, zugleich aber zunehmend ideologisch aufgeladen werden. Für Eltern, Fachkräfte und Kommunen ist es oft schwer, frühzeitig hinter die freundliche Fassade solcher Initiativen zu blicken – gerade dann, wenn sie scheinbar Lücken schließen, die die öffentliche Hand lange ignoriert hat.**

**HINWEIS:** Dieses Szenario basiert auf dokumentierten realen Strategien von Gruppierungen in Sachsen, ist jedoch zum Schutz realer Personen und Orte rein fiktiv.



### „Bürgerstimme Wiesenbruch“: Von Windkraftgegnerschaft zur systemfeindlichen Einflussnahme

Als Sabine Keller 2017 das Amt der Bürgermeisterin von Wiesenbruch übernimmt, erlebt sie eine funktionierende Stadtgemeinschaft im sächsischen Hügelland. 4000 Einwohner\*innen, eine motivierte Verwaltung, ein sachlicher Umgang im Stadtrat. Politische Auseinandersetzungen gibt es – aber sie bleiben weitgehend respektvoll. Die parteilose Bürgermeisterin kennt viele Gesichter im Ort, engagiert sich selbst bei der Freiwilligen Feuerwehr, organisiert Kinderfeste und diskutiert gern mit den Bürger\*innen über lokale Themen. Mit Windkraft hat sie bis dato eher weniger zu tun. Als im Sommer 2023 bekannt wird, dass südlich des Ortes ein privater Investor eine Anlage mit vier 240-Meter-Windrädern bauen möchte, ändert sich das abrupt.

### Windkraft als Zündfunke

Zunächst sind es sachliche Fragen in der Ortsgemeinschaft: Wie nah sind die Anlagen am nächsten Wohngebiet? Was bedeutet das für die Umwelt? Die Bürgermeisterin organisiert einen Informationsabend mit dem Betreiber der Windkraftanlagen, recherchiert die gesetzlichen Bestimmungen für Windkraftanlagen (z.B. zulässige Schallobergrenzen) und versucht einen transparenten Prozess rund um den Bau der Anlagen sicherzustellen. Doch rasch wird klar: Es geht einigen nicht allein um Schallgutachten oder Umweltschutz. Anonyme E-Mails an das Rathaus mit Sätzen wie „Sie verkaufen unser Land an die Öko-Mafia“ tauchen auf. Sabine Keller ist stutzig – und alarmiert.

### Aus einem lokalen Konflikt wird eine ideologische Bühne

Die Gruppe unter dem Namen „Bürgerstimme Wiesenbruch“ tritt im Spätherbst 2023 das

erste Mal namentlich in Form eines Telegram-Kanals in Erscheinung.<sup>9</sup> Schnell lesen gut 900 Personen regelmäßig die Chat-Nachrichten, die in immer schärferem Ton Forderungen äußern. Steht zunächst tatsächlich noch der Stopp des Baus der Windkraftanlagen im Fokus, ist bald von „Enteignungen durch die CO<sub>2</sub>-Mafia“ und einem „Zwangsumbau des Landes durch die WHO“ die Rede. Einige der durchaus kritischen lauten Stimmen ziehen sich aus der Chat-Diskussion zurück, das klinge nach Verschwörungserzählungen, damit wollen sie nichts zu tun haben.

Auch die Bürgermeisterin recherchiert und stellt fest, dass die Protestgruppe gut vernetzt ist: Die Website der Initiative gehört laut Impressum zu einem Akteur, der einem Zeitungsinterview mit einer Expertin zufolge der Reichsbürgerszene zuzuordnen ist. Inhalte des lokalen Telegram-Kanals tauchen synchron in Gruppen wie „Deutschland steht auf“ oder „Heimatschutz jetzt!“ auf. Seit Beginn 2024 finden in unregelmäßigen Abständen sogenannte „Mahnwachen“ auf dem Marktplatz statt. Anfangs standen dort nur eine Handvoll Menschen mit Kerzen und handgeschriebenen Plakaten, inzwischen werden über weitere Soziale Medien wie Facebook oder YouTube auch Teilnehmende aus Nachbarorten mobilisiert. Die Themen sind breit gefächert – mal geht es weiterhin um Energiepolitik, dann aber auch um vermeintliche Wahlmanipulation oder fehlende Meinungsfreiheit in Deutschland. Die Akteur\*innen aus dem Dunstkreis der „Bürgerstimme Wiesenbruch“ sind stets involviert. Immer häufiger

<sup>9</sup> Siehe: „Online-Räume: Propaganda, Rekrutierung, Mobilisierung“ in Kapitel 2.3, S. 16

treten bei diesen Aktionen auch bekannte Köpfe aus dem Spektrum der sächsischen Kleinstpartei „Bündnis Heimatkraft“ auf – einer offen rechtsextremen Gruppierung, die seit 2022 mit hoher Präsenz vor allem im ländlichen Raum aktiv ist.

### **Der Ton wird rauer, das Klima kälter**

Das Rathaus wird systematisch mit Schreiben überzogen: Anträge auf Akteneinsicht, Widerspruch, Gegendarstellung, Dienstaufsichtsbeschwerde, Petition, Anzeige. Die Formulierungen ähneln sich, die Absender variieren. Mal erhält Sabine Keller Post von der „Arbeitsgemeinschaft Heimatfrieden“, mal von den „Souveränen Bürgern Wiesenbruch“. Immer mit leicht variiertem Briefkopf. Die Handschrift dahinter bleibt gleich – und deutlich konfrontativ.

Sabine Keller erlebt, wie sich die Stimmung in Wiesenbruch verändert. Entscheidungen, die früher pragmatisch zwischen Rathaus und Stadtrat verhandelt wurden – ein Förderantrag für die Feuerwehr, ein neuer Spielplatz –, werden plötzlich politisch aufgeladen. Die Ratsarbeit wird anstrengender, die Kommunikation gereizter, das Vertrauen brüchiger. Einige Stadträte werden als „Systemhörige“ durch die lokalen Protestgruppen verunglimpft. Zwischenrufe einzelner Bürger\*innen stören Sitzungen des Stadtrats. Eine Stadträtin wird offen beschuldigt, Teil einer „Agenda“ zu sein. Einmal muss die Sitzung unterbrochen werden, weil eine Besucherin mit ihrem Handy live streamte und anschließend verleumderische Kommentare in einem Telegram-Kanal verlas.

### **Wahlkampf als Bühne**

Zu den Stadtratswahlen 2024 tritt einer der führenden Köpfe der Initiative „Bürgerstimme Wiesenbruch“ als Einzelbewerber an. Auf seinem Wahlflyer fordert er den Stopp des Baus der Windkraftanlagen, ein „Tribunal“ zu den Corona-Maßnahmen, „totale Transparenz“ der Verwaltung rückwirkend bis 1990. Über Telegram und TikTok ruft er zur Wahlbeobachtung auf – mit klarer Botschaft: Diesem System sei nicht zu trauen. Die Begriffe bleiben juristisch

sauber, die Wirkung ist kalkuliert: Verunsicherung, Spaltung, Druck. Gleichgesinnte werden aufgefordert, Wahllokale zu „überwachen“ und Unregelmäßigkeiten zu dokumentieren. Sabine Keller graut es vor dem Wahltag.

### **Persönliche Angriffe und die Grenzen des Mandats**

Für die Bürgermeisterin wird das Amt zunehmend zur Belastung. Ihre Privatadresse taucht in mehreren Telegramkanälen auf. In einem Video wird sie als „Komplizin des Systems“ bezeichnet. Eines Tages erhält sie einen Umschlag ohne Absender: darin ein Zettel mit dem Satz: „Wir vergessen nicht. Wir vergeben nicht.“

### **FAZIT:**

Der Fall der Stadt Wiesenbruch zeigt, wie schnell ein scheinbar lokales Thema zum Einfallstor für demokratiefeindliche Akteur\*innen werden kann. Windkraft war nicht der Kern – sondern der Auslöser. Die Strategie: Misstrauen säen, Institutionen schwächen, Strukturen überlasten. Bürgermeisterin Keller steht exemplarisch für viele Kommunalpolitiker\*innen, die erleben, wie Sachpolitik zum Schlachtfeld ideologischer Narrative wird.

Es braucht Strategien, um solchen Entwicklungen früh zu begegnen – rechtlich, politisch und zivilgesellschaftlich. Und es braucht die Erzählung von Menschen wie Sabine Keller – damit sichtbar wird, was auf dem Spiel steht.

**HINWEIS:** Die Schilderungen im Fall „Wiesenbruch“ basieren auf Vorgehensweisen und Ereignisverläufen, wie sie in Sachsen schon in verschiedenen Gemeinden zu beobachten waren. Namen und konkrete Zusammenhänge sind hier allerdings beispielhaft und rein fiktiv.

## **ZUSAMMENFASSUNG**

## **& AUSBLICK**

Die drei Fallbeispiele zeigen auf unterschiedliche Weise, wie vielfältig und oft schleichend antidemokratische Einflussnahme in kleinen Gemeinden verlaufen kann – sei es über Jugendprojekte, Immobilienkäufe oder gezielte Desinformationskampagnen. Gleichzeitig machen sie deutlich: Es gibt Handlungsspielräume, um demokratische Strukturen zu schützen und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Die folgenden Kapitel dieser Broschüre geben Einblicke aus der Praxis (Kapitel 4) und schlagen konkrete Ansätze und Werkzeuge vor (Kapitel 5). Ergänzend zur vorliegenden Handreichung erscheint im Projekt „Lokale Allianzen und Gemeindegemütern“ eine vertiefende Publikation zu erfolgreichen Strategien der Demokratiestärkung.

## INTERVIEWS

### **Zwischen Widerstand und Überlastung: Zwei Perspektiven auf antidemokratische Bedrohungen in ländlichen Kommunen**

Immer häufiger geraten ländliche Regionen in den Fokus, wenn es um die Verankerung antidemokratischer Einstellungen und das Erstarren extrem rechter Kräfte geht. Die nachfolgenden Einblicke stammen aus Gesprächen mit zwei Menschen, die diese Entwicklungen aus unterschiedlichen Perspektiven miterleben und bearbeiten: Solvejg Höppner ist seit fast 25 Jahren in der Mobilen Beratung des Kulturbüros Sachsen tätig und berät Gemeinden im Umgang mit demokratiefeindlichen und menschenfeindlichen Vorfällen. Carsten Graf ist Bürgermeister der Kleinstadt Leisnig in Mittelsachsen und erlebt täglich die Herausforderungen politischer Verantwortung im ländlichen Raum. Die Interviews wurden im Frühjahr 2025 geführt.



INTERVIEW

„Wenn das Ehrenamt sagt: wir hören auf – dann gehen hier funktional die Lichter aus.“



► Interview mit Carsten Graf, Bürgermeister der Stadt Leisnig

**Herr Graf, aus welcher Perspektive sprechen Sie über antidemokratische Bedrohungen in ländlichen Kommunen?**

CARSTEN GRAF: Aus der Perspektive des Bürgermeisters. Mein Name ist Carsten Graf, Bürgermeister der Stadt Leisnig – eine Kleinstadt in Sachsen mit 40 Ortsteilen und 8.200 Einwohnern. Ich sage mal: viel Land mit relativ wenigen Einwohnern, also wirklich gut gelegener ländlicher Raum in der Mitte zwischen Leipzig, Chemnitz und Dresden.

**Welche Erscheinungsformen antidemokratischer Gruppen beobachten Sie in Ihrer Kommune?**

In den letzten Jahren haben sich bei uns bekannte Größen der völkischen Siedler in Gehöften niedergelassen. Sie haben sich dann auch in der Partei „Freie Sachsen“ organisiert – und sind bei der Kommunalwahl mit zwei Mandaten in unseren Stadtrat eingezogen. Der Fraktionsvorsitzende ist ein in der Szene bekannter westdeutscher Neonazi, der zu uns gezogen ist. Unter dem Deckmantel der Freien Sachsen organisieren sich viele Strömungen aus ehemaligen rechtsradikalen Kreisen – das waren früher NPD-Mitglieder, dann Junge Nationalisten, jetzt ist es so der rechte Flügel der AfD. Ich habe auch drei Mitglieder der AfD bei mir im Stadtrat sitzen. Da muss ich allerdings sagen: Sie machen eine solide Stadtratsarbeit und arbeiten auch nicht mit den Freien Sachsen zusammen.

**Warum haben sich völkische Siedler gerade in Leisnig niedergelassen?**

Das war Zufall – kein Leisnig-spezifisches Phänomen. Durch Wegzug und Überalterung wurden Gehöfte frei. Die Verkäufe laufen privat, wir als Kommune erfahren davon erst nach Vertragsabschluss. Damals hat niemand geprüft, wer da eigentlich kauft – sie kamen unterm Radar.

Und die Szene ist gut vernetzt: Sie machen dann in ihren Kreisen Werbung mit einem geringen Ausländeranteil und einer Anschlussfähigkeit für braunes Gedankengut in Sachsen – und augenscheinlich scheint das bei dem einen oder anderen, der hier wohnt, auf fruchtbaren Boden zu fallen. Wenn das erste Gehöft in Hartha oder im Waldheim gestanden hätte, dann hätten wohl die jetzt das Problem. Aber jetzt sind die Netzwerke halt da.

**Sehen Sie in kleinen Kommunen bestimmte gesellschaftliche Dynamiken – etwa durch enge soziale Netzwerke, Loyalität, aber auch eine gewisse Konfliktscheu?**

Ich habe aktuell in Leisnig das Gefühl, dass unsere demokratischen Strukturen und Netzwerke stärker sind als die der Gegenseite – auch wenn das ein harter, mühsamer Kampf ist.

Ein Vorteil ist sicher, dass die Führungspersonen der extremen Rechten nicht von hier stammen. Sie sind Zugezogene und haben

anfangs versucht, lokale Gesichter zu gewinnen, um nicht als Fremde zu wirken. Einige waren auf Wahlflyern präsent, aber das waren einschlägig bekannte Personen. Ich glaube, viele Leisniger haben bewusst nicht für sie gestimmt. Ihre Hochphase war dann während der Corona-Proteste – ein Sammelbecken ganz unterschiedlicher Gruppen: Verschwörungstheoretiker, Leute, die einfach falsch abgebogen sind, und solche, die grundsätzlich dagegen sein wollten.

Trotzdem hat uns überrascht, wie stark ihre Strukturen inzwischen sind – sie haben zwei Sitze im Stadtrat gewonnen. Dass die AfD reinkommt, hatte ich erwartet. Bis dahin war sie bei uns nicht vertreten – das war in Sachsen fast eine Besonderheit. Aber dass auch die Freien Sachsen es schaffen, damit hätte ich so nicht gerechnet.

Was ich nicht verstehe: Wenn wir über ein AfD-Verbot reden, warum dürfen dann noch radikalere Akteure bei mir im Stadtrat sitzen?

**Welche strukturellen Herausforderungen sehen Sie?**

Nach der Wende wurde der Fokus stark auf die Oberzentren gelegt. Auch im ländlichen Raum haben sich die Bürgermeister bemüht, Infrastruktur zu schaffen und zu erhalten. Aber es ist uns echt nicht leicht gemacht worden. Man hatte immer das Gefühl: Kurz vor uns ist immer gerade die Welt zu Ende.

Das hat dazu geführt, dass viele junge Menschen ihr Glück woanders suchten. Heute haben wir fantastische Schulen, fantastische Kindergärten – uns fehlen aber die jungen Familien, und es kommen aktuell keine Kinder, ein riesengroßes Problem. Wenn dann Zuschüsse entzogen werden und uns finanzielle Grundlagen wegbrechen, wird es schwer, Standortfaktoren zu halten – Bibliothek, Jugendclub, Freibad. Und diese Probleme sind der beste Nährboden für antidemokratische Populisten. Wir können uns nicht hinsetzen und jammern, sondern wir müssen lauter und besser sein. Aber dazu brauche ich Ressourcen.

**Was bedeutet das für das Ehrenamt?**

Im ländlichen Raum bringe ich denen, die sich im Ehrenamt engagieren, eine riesengroße Dankbarkeit entgegen. Wir haben einen Hospizverein, wahnsinnig tolle Sportvereine, engagierte Feuerwehren. Wenn die heute alle sagen würden: wir wollen nicht mehr, dann gehen hier funktional die Lichter aus.

Aber wenn ich dann den Feuerwehrleuten sagen muss, ich kann euch die Technik nicht mehr finanzieren – und das ist keine Spielerei, sondern Schutz für Leib und Leben – dann sagen die irgendwann: Macht euren Mist allein.

Genau in dieses Spannungsfeld ist der Fraktionsvorsitzende der Freien Sachsen eingetreten, indem er Mitglied einer Ortsfeuerwehr wurde. Ich weiß genau, worum es ihm geht: Er will seine Netzwerke und Ideologie auch dort verankern. Ich kann ihn aber nicht einfach ausschließen, denn das würde ihm die Möglichkeit geben, sich als Opfer zu inszenieren, und genau seiner Erzählung in die Hände spielen. Und das ist frustrierend: Wir sehen alle, was geschieht, und wissen, was nötig wäre – und stehen trotzdem machtlos daneben. Aber es ist uns gelungen, in den großen Vereinen wirklich ganz tolle, demokratische Macher zu etablieren. Da haben sie hoffentlich dann keine Chance.

Info:

Der Umgang mit rechtsextremen Mitgliedern im eigenen Verein kann eine Herausforderung darstellen. Praxisnahe Hinweise dazu, wann und wie ein gut begründeter Vereinsausschluss erfolgen kann, finden sich in der Handreichung „Im Verein – gegen Vereinnahmung“<sup>10</sup>.

<sup>10</sup> Siehe Kapitel Leseempfehlungen, S. 53



**Wir backen vielleicht gerade kleinere Brötchen, aber wir backen noch. Und wir können sie auch noch essen. Andere auf der Welt haben gar keine.**

**Was wünschen Sie sich von der Landes- und Bundespolitik?**

Es gibt immens viele Fördermittelprogramme. Aber da überhaupt durchzublicken, ist ein bürokratischer Aufwand, den kein Mensch leisten kann. Und überall sind Co-Finanzierungen nötig: Alle stellen mir einen halbgefüllten Sack Geld hin und sagen: „Mach doch mal!“ Aber ich muss vorher selbst die andere Hälfte hinstellen – und das Geld habe ich nicht mehr in der benötigten Dimension.

Unser Vorschlag: Gebt das Geld über das Finanzausgleichsgesetz oder direkte, pauschale Zuweisungen an die Kommunen. Die Stadträte vor Ort wissen doch am besten, was gebraucht wird: Müssen wir eine neue Schule, einen Rettungsweg bauen, ein neues Feuerwehrfahrzeug oder doch Digitaltafeln in der Schule anschaffen? Wenn ich das Geld habe, kann ich in dem Rahmen, den ich zur Verfügung habe, die Entscheidung treffen, was bei uns jetzt gerade am wichtigsten ist.

**Wie stark ist die zivilgesellschaftliche Organisation in Leisnig? Gibt es Personen, die sich gegen antidemokratische Kräfte engagieren?**

Unsere Vereine sind aktiv – viele hatte ich ja schon genannt. Und wir haben seit ein paar Jahren etwas wirklich Fantastisches: den Kulturbahnhof Leisnig, ein echtes soziokulturelles Zentrum. Was dort an Kultur passiert – das gibt’s sonst nur in Leipzig oder Dresden. Gemeinsam mit dem Bahnhofsteam haben wir einen Kulturstammtisch ins Leben gerufen. Viermal im Jahr treffen sich dort Vereine, stellen Projekte vor, bereiten Feste gemeinsam vor. Dort passieren viele großartige Dinge – vor allem findet dort der Austausch über politische Positionen statt.

Diese Veranstaltungen sind für mich als Bürgermeister sehr wichtig, weil sie den direkten Kontakt zu den Bürgern ermöglichen. Denn wer kommt heute noch zu einer Stadtrats-sitzung? Kaum jemand. Das ist problema-

tisch, denn viele kritisieren die Politik, haben sich aber nie wirklich mit Kommunalpolitik beschäftigt – wie Entscheidungen getroffen werden und welche Möglichkeiten es gibt. Auf den Festen hingegen habe ich die Chance, mit den Menschen über Themen zu sprechen, die sonst nie ins Rathaus getragen würden. Diese Begegnungen müssen wir stärken und erhalten. Mit Kirche, Diakonie, dem Hospizverein und anderen bauen wir außerdem ein Netzwerk auf. In unserem Anlaufbüro „Zug um Zug“ auf dem Markt wollen wir engagierte Menschen vernetzen, sichtbar machen, neue Senioren- und Jugendarbeit aufbauen – und einen starken demokratischen Gegenpol setzen. Das ist unser Ziel.

**Gibt es persönliche Anfeindungen oder Bedrohungen gegenüber Ihnen oder anderen Engagierten vor Ort?**

Ich persönlich und, ich glaube, auch die Engagierten vor Ort haben aktuell noch das Glück, nicht persönlich angefeindet zu werden. Auf Seiten wie [Name einer Webseite, Anm. d. R.] gibt es natürlich Kommentare, auch über mich als Bürgermeister, aber davon will ich gar nichts wissen. Das ist stellenweise schon starker Tobak. Und klar: So etwas kann kippen. Wenn man sieht, wie sich einige dieser Hardliner gezielt vorbereiten, macht man sich schon Gedanken.

Im Wahlkampf hingen überall Plakate mit dem Slogan „Stürmt die Rathäuser“. Das ist für mich eine klare Grenzüberschreitung. Wahlkampf hin oder her – in unserem Land muss niemand ein Rathaus stürmen. Zu Öffnungszeiten steht die Tür jedem Bürger offen. Das „Rathaus zu stürmen“, mögen manche als Provokation verstehen, aber andere lesen darin vielleicht eine Aufforderung zu Gewalt zum Beispiel gegen die Verwaltung und den Bürgermeister. Das ist aus meiner Sicht inakzeptabel.

**Was ist das für eine Webseite, von der Sie gesprochen haben?**

Das ist eine Seite, die den Leisnigern und der Region suggerieren soll, sie sei das offizielle Presseorgan der Stadt Leisnig – das ist sie nicht. Es ist eine privat betriebene Seite. Die

Freien Sachsen distanzieren sich offiziell von den Inhalten, obwohl es genau ihre Themen in den Posts sind. Diese Seiten werden ja von bekannten Rechtsextremisten im Hintergrund gestreut und gefüttert.

**Was bräuchte es Ihrer Meinung nach, damit antidemokratische Kräfte im ländlichen Raum weniger Anklang finden?**

Das ist eine große Herausforderung, vor allem in den Kommunen. Die Erwartungen vor Ort sind hoch, aber die Kapazitäten oft begrenzt. Viele Ortsverbände der Parteien sind geschrumpft oder sogar ganz verschwunden, weil engagierte Menschen zunehmend den Glauben verlieren, vor Ort wirklich etwas verändern zu können.

Die Politik auf kommunaler Ebene dreht sich oft um praktische Entscheidungen – etwa Finanzierung von Jugendarbeit, Schul- und Straßensanierungen oder Feuerwehranschaffungen. Hier unterscheiden sich AfD, CDU, Freie Wähler, SPD oder Linke oft kaum, weil alle gemeinsam dafür stimmen, wenn die Mittel verfügbar sind. Eine klare Abgrenzung auf dieser Ebene ist quasi unmöglich.

Was wir aber dringend brauchen, ist eine stabilere finanzielle Ausstattung, damit wir wichtige freiwillige Leistungen wie kulturelle Feste aufrechterhalten können. Wir haben beispielsweise nur noch drei große Feste, weil wir finanziell stark eingeschränkt sind. Die Kosten – etwa für Sicherheit – steigen, und die Auflagen werden strenger. Wenn wir diese Veranstaltungen nicht mehr finanzieren können, droht der gesellschaftliche Zusammenhalt vor Ort zu entgleiten. Hier müssen Lösungen her.

**Wenn sich antidemokratische Tendenzen weiter ausbreiten – wie lässt sich das überhaupt noch problematisieren?**

Das ist schwierig, weil es ein schleicher Prozess ist. Ich habe das Gefühl, wir stehen gerade wieder an so einer Schwelle. Und jeder, der im Geschichtsunterricht ein bisschen aufgepasst hat, sagt doch eigentlich: So doof sind wir doch nicht ein drittes Mal. Aber ich bin mir da nicht mehr sicher. Nicht, weil die

Leute dumm wären, sondern weil sie so mit sich selbst beschäftigt sind. Und weil diese antidemokratischen Kräfte es schaffen, das alles zu verharmlosen.

**Was kann dieser Entwicklung aus Ihrer Sicht entgegengesetzt werden?**

Ich glaube, ein Teil ist sicher die harte Arbeit vor Ort – mit Vereinen, mit den Leuten, die's begriffen haben. Die müssen laut bleiben. Aber ehrlich gesagt: Die *eine* Lösung fehlt mir da noch.

Ich denke, wir müssen auch mal als Demokratie wieder in der Lage sein, per Gesetz klare Grenzen zu setzen. Dass Leute, die offen den Staat abschaffen wollen, nicht mehr in Stadtparlamenten sitzen dürfen und Entscheidungen treffen. Ich sage nicht, sperrt sie alle ein – um Gottes willen, das wäre genauso undemokratisch. Aber es muss gesetzlich definierte Grenzen geben, bis hierhin und nicht weiter. Wenn wir das hinkriegen, dann kann ich das auch den Leuten draußen erklären.

**Und was gibt Ihnen Hoffnung?**

Hoffnung gibt mir, dass wir hier in Leisnig tolle Partner haben – gerade auch aus der Wirtschaft –, die mit uns gemeinsam an Projekten

arbeiten. Und dass ich trotz aller Schwierigkeiten sagen kann: Wir backen vielleicht gerade kleinere Brötchen, aber wir backen noch. Und wir können sie auch noch essen. Andere auf der Welt haben gar keine.

Wenn es uns als Stadt, als Verwaltung, gemeinsam mit den Vereinen gelingt zu zeigen, dass wir uns ehrlich bemühen, dass wir die Probleme sehen und anpacken – das ist im Moment das Einzige, was ich als Bürgermeister wirklich glaubwürdig entgegenzusetzen kann. Und dass ich dabei noch viel Zuspruch aus der Bevölkerung bekomme, macht mir Mut.

Ich wünsche mir, dass junge Menschen wieder sagen: Wir wollen gestalten. Ich selbst habe mit 16 Verantwortung übernommen, als stellvertretender Vorsitzender eines Spielmannszugs. Dieses Vertrauen wünsche ich auch der nächsten Generation. Und wenn wir das schaffen, dann haben wir eine echte Zukunft im ländlichen Raum.



Ich wünsche mir, dass junge Menschen wieder sagen: Wir wollen gestalten. [...] Und wenn wir das schaffen, dann haben wir eine echte Zukunft im ländlichen Raum.

## INTERVIEW

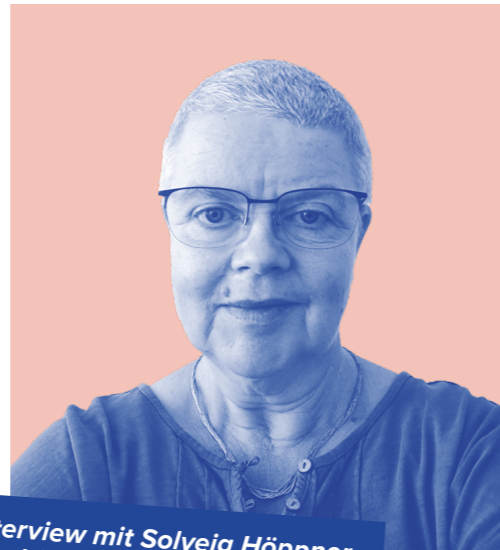
### „Lücken werden gefüllt – die Frage ist nur, womit.“

**Frau Höppner, aus welcher Perspektive sprechen Sie über antidemokratische Bedrohungen in ländlichen Kommunen?**

SOLVEJG HÖPPNER: Ich bin Solvejg Höppner und arbeite beim Kulturbüro Sachsen. Unser Verein unterstützt Demokratisierungsprozesse, vor allem in ländlichen Regionen. Eines unserer zentralen Projekte ist die Mobile Beratung, in der ich seit fast 25 Jahren tätig bin. Dieses Berufsfeld wurde Anfang der 2000er Jahre neu entwickelt. Es geht darum, Menschen zu unterstützen, die Probleme mit extremen Rechten haben und etwas dagegen tun wollen. Wir machen aufsuchende Beratung: Wir analysieren gemeinsam mit den Menschen die Problemlagen vor Ort und entwickeln möglichst konkret mit ihnen Ideen, die für den Ort und die Menschen passen. Dabei verfolgen wir einen sozialraumorientierten Ansatz. Wir schauen nicht nur auf einzelne Personen oder Strukturen, sondern immer auch auf das soziale Gefüge als Ganzes: Wo gibt es zum Beispiel Andockpunkte?

**Welche Erscheinungsformen antidemokratischer Gruppen oder Personen beobachten Sie in ländlichen Kommunen in Sachsen?**

Das ist eine schwierige Frage, weil sich antidemokratische Tendenzen sehr unterschiedlich zeigen können. Manchmal sind es sexistische oder queerfeindliche Äußerungen am Stammtisch oder im Gemeinderat. Es kann aber auch zu körperlichen Angriffen kommen – gegen politische Gegner\*innen oder Menschen, die nicht ins rechte Weltbild passen. Dazu gehören auch Dinge wie rechte Musik bei Dorffesten, Aufkleber im öffentlichen Raum oder Demonstrationen – auch in kleineren Orten. Man kann das ganz gut beschreiben mit dem Begriff „rechte Raumnahme“.



► Interview mit Solvejg Höppner, Kulturbüro Sachsen

Denn durch all diese Aktivitäten wird es denjenigen, die nicht ins Weltbild der extremen Rechten passen, schwerer bis unmöglich gemacht, öffentlich zu agieren. Es gibt Phasen, in denen bestimmte Themenfelder stärker besetzt werden: Vor einigen Jahren waren es völkische Siedler\*innen und Verschwörungsideologien. Zuletzt waren es vor allem Proteste gegen CSDs – im Moment haben wir wieder ein Aufkommen jüngerer Menschen, die sich organisieren und auch gewalttätig in der Öffentlichkeit auftreten, was also mit schweren Körperverletzungen einhergehen kann.

Insgesamt würde ich das, was wir in der Gegenwart erleben, als soziale Bewegung mit vielen verschiedenen Facetten bezeichnen – mit Parteien, loserer kameradschaftsähnlichen Strukturen, bis hin zur „Neuen Rechten“ im Kulturbereich. Ich würd's zurzeit tatsächlich als „Kulturkampf von rechts“ beschreiben.

**Welche strukturellen oder sozioökonomischen Faktoren begünstigen diese Entwicklung?**

Ich tue mich schwer damit, diese Entwicklung nur auf strukturelle Unterschiede zurückzuführen. Natürlich gibt es Unterschiede zwischen Stadt und Land: wie mangelnde Infrastruktur, geringe Vereinsdichte, fehlende Anonymität, demokratische Parteien tauchen immer seltener auf. Aber ich glaube, das sind alles Dinge, die die Auseinandersetzung er-

schweren und nicht ursächlich für eine starke extreme Rechte im ländlichen Raum sind.

Ich würde eher die These aufstellen, dass die Demokratisierungsprozesse in Ostdeutschland nach 1990 auf eine krisenhafte Wahrnehmung vieler Menschen trafen. Daraus entstand das Narrativ des „abgehängten Ostens“. Gerade in ländlichen Regionen gab es wenig Investitionen und kaum Leuchtturmprojekte. Und so werden auch Krisen der Gegenwart anders wahrgenommen und anders auf diese reagiert.

Demokratische Parteien kommen im ländlichen Raum immer weniger vor. Bürgermeister\*innen berichten, dass es schwer ist, demokratische Kandidat\*innen für Wahlen zu finden. Wenn der Mainstream schon rechts ist, geht das durchaus einher mit Ausgrenzung in der Dorfgemeinschaft. Kommunale Strukturen funktionieren teilweise nicht mehr. Menschen werden angefeindet, der Ortschaftsrat zieht sich zurück, ist nicht mehr erreichbar. Gemeinderäte sind häufig nur noch zuständig für Pflichtaufgaben – man entscheidet nur noch, wo gekürzt wird, weil kein Geld da ist. Gesellschaftliche Gestaltung findet dann kaum noch statt. Diskurse werden stärker von außen geprägt. Entscheidende Personen sind oft nicht sichtbar – nicht unbedingt der Bürgermeister, sondern vielleicht der Vorsitzende des Karnevalsvereins oder der Feuerwehr. In solchen sozialen Räumen entstehen Diskurse, die auch ins Politische ausstrahlen. Dort kann eine Meinungshoheit entstehen – die sowohl demokratisch als auch antidemokratisch wirken kann.

Lücken werden gefüllt – die Frage ist nur, womit. Junge Menschen haben Fragen, finden keine Ansprechstruktur und greifen im Zweifelsfall auf Angebote aus der extremen Rechten zurück. Die sind oft leicht zugänglich und einfach gestrickt. Das schafft Attraktivität – nicht zuletzt aber auch durch die Erzählung vom Widerstand gegen das System. Das haben wir schon in den 1990er Jahren hinsichtlich der Kameradschaftsstrukturen beobachten können.

**Gibt es dabei regionale Unterschiede?**

Ich würde es nicht regional festmachen. In Ostsachsen oder der Sächsischen Schweiz gibt es lange Traditionen rechter Strukturen. Aber schon in der Nachbarkommune kann es ganz anders sein. Wichtig ist, wie politische Verantwortliche wahrgenommen werden – zum Beispiel Landräte. Wenn sie sehr weit rechte Positionen vertreten, fühlen sich andere bestärkt.

Vernetzungsstrukturen spielen eine große Rolle, im demokratischen wie im antidemokratischen Bereich. Auch Verwandtschaftsbeziehungen. Der soziale Druck ist hoch. Wer sich gegen rechts positioniert, riskiert Isolation – auch im eigenen Umfeld. Außerdem wirken langjährige rechte Strukturen nach. Die Leute sind nicht weggezogen – sie sind vielleicht nicht mehr aktiv, aber prägen den Diskurs weiter. Neue Generationen wachsen darin auf. Diese Vernetzungen sind nicht starr, sondern fluide. Sie funktionieren nach Bedarf. Aber auch im demokratischen Bereich entstehen temporäre Zusammenschlüsse – zum Beispiel bei Protesten gegen das „Königreich Deutschland“<sup>11</sup>. Solche Strukturen sind oft themenabhängig und nicht dauerhaft. Die extreme Rechte dockt an Mainstream-Diskurse an und hat dadurch ein hohes Mobilisierungspotenzial. Demokratische Netzwerke wie Tolerantes Sachsen e.V. sind deshalb enorm wichtig – weil sie dauerhaft bestehen.

**Wie verändert sich das Miteinander in der Kommune durch das Wirken antidemokratischer Gruppen?**

Je kleiner die Gemeinde, desto genauer kennt man sich. Es ist schwieriger, sich abzugrenzen, weil man sich auch im Privaten trifft. Im Gemeinderat wird oft gesagt: „Wir machen doch nur Sachpolitik.“ Politische Unterschiede werden nicht thematisiert und verschwinden damit. Allgemein gibt es weniger Räume, um Konflikte auszutragen. Menschen, die Probleme benennen oder etwas anders machen wollen, werden häufig ausgeschlossen.

<sup>11</sup> siehe Kapitel 2.2, S. 10

Jugendliche zum Beispiel weichen in die Stadt aus, leben ihre Identität dort – weil es im Ort keinen Raum gibt. Diese repressive Harmonie führt zu Anpassungsdruck. Es fehlen Orte, wo andere Meinungen möglich sind – in der Jugendfeuerwehr, in der Kirchgemeinde, in der Jungen Gemeinde. Das führt zur Rückzugsbewegung und letztlich zur Meinungshomogenität.

#### **Welche Rolle spielen zentrale Personen?**

Es gibt wirkmächtige Akteur\*innen – die muss man finden, wenn man etwas verändern will. Das sind nicht unbedingt nur die Bürgermeister\*innen, es können auch Vereinsvorsitzende, Handwerksmeister\*innen oder Mitglieder bekannter Familien sein. Früher waren es klassisch der Pfarrer, der Arzt, der Bürgermeister. Heute sind es oft andere: der Vorsitzende des Heimatvereins, der „Macher“ im Ort, also Menschen, die lokal Dinge bewegen. Wenn solche Personen demokratisch agieren, vergrößern sich die Spielräume enorm.

#### **Wie wird die Ausbreitung antidemokratischer Gruppen wahrgenommen?**

Wir arbeiten mit Menschen, die das Problem bereits erkannt haben – das heißt, es wird gesehen. Aber wir könnten mehr intervenieren, wenn wir mehr Ressourcen hätten. Meine Erfahrung ist: Die Leute wissen eigentlich viel, aber sie wissen nicht, mit wem sie sprechen können. Ich erinnere mich an einen Ort mit einer Kameradschaftsszene in Feuerwehr und Jugendclub. Alle wussten es – aber niemand hatte sich vernetzt. Das zeigt: Die Räume für Aushandlung fehlen. Oder man scheut den Konflikt aus Angst vor Repression. Denn wer sich positioniert, wird oft unter Druck gesetzt. Überregional wird das Thema inzwischen stärker wahrgenommen – aber oft als Thema der „linken Blase“ abgetan. Wenn Probleme nicht benannt werden, wachsen sie. Men-

schen ziehen sich zurück oder verlassen den Ort. Die Aktionsräume für demokratische Kräfte werden kleiner.

#### **Was müsste sich ändern, damit antidemokratische Kräfte weniger Resonanz finden?**

Wir müssen wieder darüber reden, in welcher Gesellschaft wir leben wollen – und was fehlt. Es braucht wieder politisches Engagement vor Ort – das auch als solches benannt wird. Demokratische Parteien müssen gesellschaftliche Fragen mit den Menschen im lokalen Raum verhandeln. Es reicht nicht, Austauschräume zu schaffen, die Probleme müssen auch benannt werden und gemeinsam Ideen erarbeitet werden, die über das Bestehende hinausweisen und Gültigkeit für alle Menschen haben können, also vor allem auch für diejenigen, die marginalisiert, ausgegrenzt und diskriminiert werden.

Die extreme Rechte bietet scheinbar Antworten, die genau das bewusst ausschließen. Die Frage ist: Welche Antworten haben die demokratischen Kräfte? Politiker\*innen müssen erklären, was sie tun – und warum sie es tun. Es gibt keine alternativlose Politik. Jede Entscheidung hat Gründe. Diese Gründe öffentlich zu machen, ist eine Stärke. Das würde auch auf kleiner Ebene Rückhalt geben. Und deutlich machen, welche Vorschläge von wem kommen – und was dahintersteckt.

#### **Was gibt Ihnen Hoffnung?**

Dass es überall Menschen gibt, die etwas anders machen wollen. Es gibt sie – manchmal lauter, manchmal leiser. In über 20 Jahren habe ich nur ganz wenige Situationen erlebt, in denen sich niemand finden ließ. Meist gab es jemanden, der gesagt hat: „Stimmt, das ist ein Problem – wir müssen was machen.“



Es reicht nicht, Austauschräume zu schaffen, die Probleme müssen auch benannt werden und gemeinsam Ideen erarbeitet werden, die über das Bestehende hinausweisen und Gültigkeit für alle Menschen haben können, also vor allem auch für diejenigen, die marginalisiert, ausgegrenzt und diskriminiert werden.

## EMPFEHLUNGEN

### **Handlungsmöglichkeiten bei Angriffen und Bedrohungen durch antidemokratische Kräfte**

Antidemokratische Gruppen treten strategisch auf: Sie nutzen kommunalpolitische Strukturen aus, testen rechtliche Graubereiche und setzen gezielt auf Provokation, um die Öffentlichkeit, Verwaltung und Ratsgremien unter Druck zu setzen. Kommunen müssen sich diesen Angriffen entschlossen, aber rechtsstaatlich sicher entgegenstellen. Dieser Abschnitt bündelt zentrale Maßnahmen, Instrumente und Empfehlungen für die kommunale Praxis: *Wie können Kommunen sich gegen antidemokratische Einflussnahme wappnen, auch wenn nur begrenzte Ressourcen zur Verfügung stehen?*

5.

## 5.1 Frühwarnsysteme stärken

Frühzeitiges Erkennen antidemokratischer Einflussnahme ist zentral – insbesondere in kleineren Gemeinden. Es gilt, subtile Zeichen richtig zu deuten und problematische Dynamiken im lokalen Umfeld zu erkennen. Dazu gehören etwa sprachliche Verschiebungen in öffentlichen Debatten, das Auftreten neuer vermeintlicher „Bürgerinitiativen“ oder wiederholt aggressive Fragesteller\*innen in Gemeinderatsitzungen. Auch plötzliche Unterwanderungstendenzen in Vereinen oder Bürgerforen können ein Hinweis auf koordinierte Einflussnahme sein. Wichtig ist deshalb die inhaltliche und fachliche Sensibilisierung von Verwaltung, Stadt- und Gemeinderäten und engagierten Vereinen. Die in den Fallbeispielen in Kapitel 3 angesprochenen Themen, wie Windkraftanlagen, Jugendfreizeitangebote oder Kritik an staatlichen Institutionen, beispielsweise Schule, sollten aufmerksam für den eigenen Ort beobachtet werden. Ergänzend helfen öffentliche Informationsveranstaltungen, um aufzuklären, Wissen zu teilen und die lokale Demokratie gegen schleichende Radikalisierung zu stärken.



## 5.2 Konkrete Schutz- und Reaktionsmaßnahmen

### Sitzungen schützen

Bei Gemeinde- oder Stadtratssitzungen treten antidemokratische Akteur\*innen gezielt auf – mit der Absicht, die Sitzungen zu stören oder demokratische Debatten zu instrumentalisieren. Aber: Eine Sitzung ist kein rechtsfreier Raum – die Sitzungsleitung hat das Hausrecht. Provokation ist nicht gleich Meinungsfreiheit.

- Hausordnung für das Rathaus oder den Gemeindesaal überarbeiten: klare Regelungen für den Fall einer Störung oder Provokation aufstellen
- klare Regeln für Bürger\*innen-Besuche und -Fragen bei Gemeinde- und Stadtratssitzungen aufstellen
- Sitzungs- und Geschäftsordnung schärfen, sodass Redezeiten und Regeln für die Diskussion transparent sind und eine ordnungsgemäße Sitzung garantieren
- Kooperation mit der Polizei oder einem Sicherheitsdienst bei schwierigen Sitzungen oder bei Verdacht der Störung von Sitzungen
- Störungen konsequent dokumentieren und anzeigen (Hausfriedensbruch, unerlaubte Videoaufzeichnungen etc.)
- Stadtratsmitglieder und Mitarbeitende der Verwaltung über Hilfsangebote im Freistaat Sachsen aufklären, wie beispielsweise die Beratungsstellen **ZASTEX** (Zentrale Ansprechstelle für Opfer (rechts-)extremistischer Bedrohungen) und **ZORA** (Zentrale Anlaufstelle für Opfer von Rechtsextremismus und Antisemitismus)



ZASTEX (Zentrale Ansprechstelle für Opfer (rechts-)extremistischer Bedrohungen)



ZORA (Zentrale Anlaufstelle für Opfer von Rechtsextremismus und Antisemitismus)

### Kommunikation in der Krise

Ein transparenter, klarer Umgang mit Konflikten oder Krisenlagen schützt vor Gerüchten, stärkt das Vertrauen – und nimmt antidemokratischen Kräften den Raum. Eine **proaktive Öffentlichkeitsarbeit** kann helfen, damit Desinformation keine Krise zieht. Die Festlegung von Zuständigkeiten und Abläufen im Vorfeld erleichtert die Reaktion im Krisenfall. Die aktive Nutzung von Kommunikationswegen sichert eine möglichst hohe Reichweite, wenn es schnell gehen muss.

Die Kommunikation bei Angriffen und Bedrohungen gegen kommunale Akteur\*innen sollte transparent und sachlich sein:

- faktenorientiert bleiben – keine Polemik, keine Überhöhung
- schnell und transparent kommunizieren – „Gerüchte wachsen im Schweigen“
- zentrale Botschaften abstimmen (z.B. mit Landkreis, Polizei, Beratungsstellen)
- Rückkanäle offenhalten, aber keine Diskussion mit Profilen der antidemokratischen Kräfte führen
- ansprechbar bleiben – aber Grenzen setzen: Eskalation durch „Rechtfertigungsspiralen“ vermeiden

Nach konkreten Vorfällen lohnt es sich, gemeinsam auszuwerten: Was hat konkret geholfen, wie können wir Strukturen stärken? Wie gewinnen wir Vertrauen zurück, wo Polarisierung entstanden ist?

**Praxistipp:**

Die Handreichung „*Was tun bei einem Shitstorm?*“ der Amadeu Antonio Stiftung bietet zehn Antworten auf häufige Fragen, basierend auf Beratungserfahrungen des Projekts *Civic.net – Aktiv gegen Hass im Netz*.

**Umgang mit „Papierterror“**

Akteur\*innen aus dem verschwörungsideologischen Milieu – insbesondere aus dem Reichsbürgerspektrum – nutzen Überlastung oder gezielte Sabotage der Verwaltung als Strategie: Sie überziehen Verwaltungen systematisch mit Schreiben und Anfragen. Die Verwaltung sollte standardisiert reagieren:

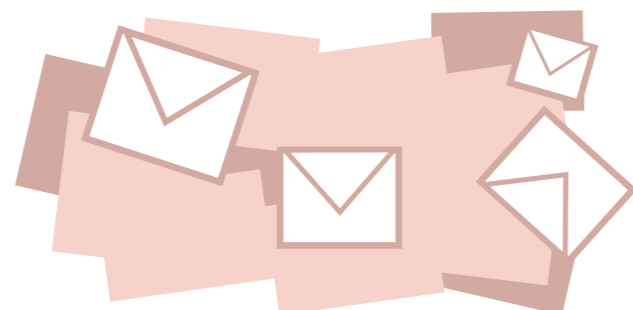
- standardisierte statt individueller Antworten – so kurz wie möglich
- keine inhaltlichen Diskussionen mit Reichsbürger\*innen und anderen Verschwörungsideolog\*innen
- Schreiben an die Polizei oder Staatsanwaltschaft weitergeben, da diese strafbaren Inhalt enthalten können – ggf. vorab durch die Rechtsabteilung der Gemeinde oder des Landratsamts prüfen lassen
- Schulungen für Mitarbeitende zu Erkennungsmerkmalen und Umgang (z.B. über die Amadeu Antonio Stiftung in Sachsen)

- Hausverbot bei wiederholter Provokation oder Bedrohung – Nutzen des Schriftwegs zur Kommunikation
- Dokumentation der Vorgänge als juristische oder Grundlage für die Öffentlichkeitsarbeit
- betroffene Mitarbeitende der Verwaltung unterstützen, wenn sich diese bedroht fühlen – auch durch Angebote psychologischer Unterstützung

**Rechte Raumnahme verhindern**

Antidemokratische Bewegungen inszenieren Präsenz im öffentlichen Raum – etwa durch unangemeldete Demonstrationen, regelmäßig wiederkehrende Mahnwachen oder gezielte Störungen offizieller Veranstaltungen. Sie nutzen dabei häufig Themen wie Energiepreise, Migration oder die Kritik staatlicher Maßnahmen zur Mobilisierung. Konkrete Handlungsschritte hierbei können sein:

- Begrenzung einer Demonstration durch Auflagen im Rahmen des Versammlungsrechts durch die Versammlungsbehörde (z.B. keine Route durch Wohngebiete, kein Verstärker, Verbot bestimmter Sprechchöre und Spruchbänder)
- klare Positionierung durch die Kommune und Zivilgesellschaft im Vorfeld (z.B. durch Gegenprotest, offene Statements in den Sozialen Medien, Glockenläuten der Kirche)
- Sicherheitskonzepte mit der Polizei abstimmen, insbesondere bei wiederholten Formaten – Schutz sensibler Orte und Personen, wenn antidemokratische Kräfte im Ort sind



**Good-Practice-Beispiel**

Das Bündnis *Bunte Perlen Waldheim* setzt antidemokratischer Raumnahme bewusst etwas entgegen: Nach zwei Jahren regelmäßiger Montagsmärsche organisiert es eigene, öffentlich sichtbare Veranstaltungen wie Straßenfeste, Märchenstunden, Osterspaziergänge, Konzerte oder Mitbring-Dinners. So werden öffentliche Plätze aktiv zurückgewonnen und mit demokratischer Kultur gefüllt.

**Juristische Mittel kennen und nutzen**

In der Auseinandersetzung mit Angriffen und Bedrohungen stehen Kommunen einige rechtliche Instrumente zur Verfügung – oft sind sie allerdings nicht bekannt oder werden aus Unsicherheit nicht genutzt. Es kann aber sinnvoll sein, diese Instrumente zu nutzen: Sie zeigen Schutzbereitschaft und wirken oft deeskalierend. Einige Beispiele:

**BEISPIELE JURISTISCHE MITTEL:**

- Hausverbot für bestimmte Gebäude (schriftlich, mit Begründung bei Bedrohungslage)
- Unterlassungserklärung (bei Verleumdung oder gezielter Falschbehauptung)
- Strafanzeigen, z.B. bei Beleidigung oder Volksverhetzung – auch, wenn diese im Netz begangen werden
- Einbindung des Expertennetzwerks Rechtsextremismus der Landesdirektion Sachsen
- verwaltungsgerichtliche Klärung bei Missbrauch von Antragsrechten oder des Versammlungsrechts
- Auflagen für Vereine und Immobilienbetreibende nutzen, um Spielräume für antidemokratische Kräfte einzuschränken
- Vorverkaufsrecht der Kommune nutzen, wenn antidemokratische Kräfte Immobilien im Ort erwerben wollen
- das Finanzamt dazu anregen, die Gemeinnützigkeit eines Vereins zu prüfen
- begründete Verhinderung einer Vereinsmitgliedschaft oder Vereinsausschluss einzelner Personen
- Vereinsverbot (antragsberechtigt hierzu sind ausschließlich der Bundestag, der Bundesrat und die Bundes- sowie Landesregierungen)



## 5.3 Demokratische Kultur und Resilienz vor Ort stärken

Eine lebendige demokratische Kultur entsteht nicht von selbst – sie braucht Pflege, Austausch und Sichtbarkeit im Alltag. Kommunen können gezielt Räume schaffen, in denen Begegnung, Beteiligung und Anerkennung möglich werden: durch Dialogformate, kulturelle Veranstaltungen oder regelmäßige Gespräche mit Schulen, Vereinen und Jugendgruppen. Auch eine gelebte Anerkennungskultur für ehrenamtliches Engagement sowie die Einbindung lokaler Akteur\*innen stärken das Miteinander und machen demokratische Werte vor Ort erfahrbar.



### Good-Practice-Beispiel:

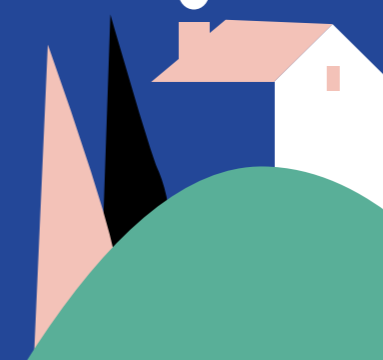
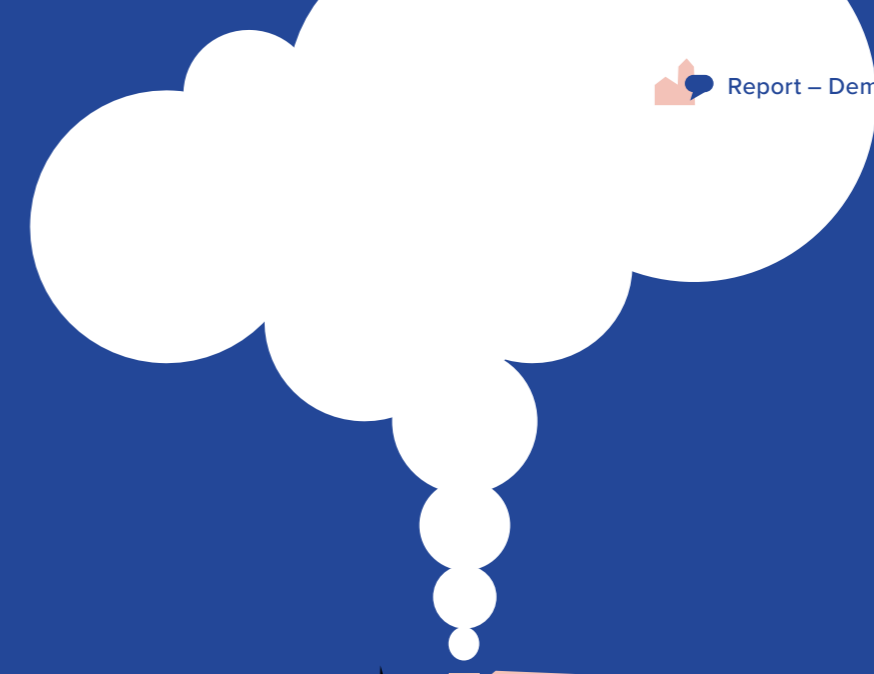
Der **Kulturbahnhof Leisnig** zeigt, wie Orte im ländlichen Raum zu lebendigen Begegnungsorten werden. Durch kreative Beteiligungsformate bringt er Menschen unterschiedlicher Hintergründe zusammen. So entstehen neue Formen des Miteinanders und des gesellschaftlichen Engagements vor Ort.



Kulturbahnhof  
Leisnig

### 10 IMPULSE FÜR DEMOKRATIE VOR ORT:

1. *Begegnung schaffen: z.B. Erzählcafés, Hofgespräche, Jugend-Bürgerdialoge*
2. *Kinder und Jugendliche ernstnehmen: z.B. Jugendparlamente, Jugend-Stadträte oder kreative Projekte im öffentlichen Raum*
3. *Ehrenamt stärken und wertschätzen: durch kleine Ehrungen, Fortbildungen, Räume für freiwilliges Engagement sowie Aufwandsentschädigungen*
4. *Vereine sensibilisieren: z.B. Antidiskriminierungs-Schulungen für Vorstände und Verantwortliche*
5. *Vielfalt sichtbar machen: z.B. (inter-)kulturelle Feste, Demokratie-Schaufenster, Ausstellungen lokaler Geschichte und Gegenwart*
6. *Transparenz leben: d.h. wichtige Verwaltungsentscheidungen frühzeitig erklären, Beteiligung ermöglichen, auch unter Einbezug digitaler Möglichkeiten, z.B. Bürger\*innenhaushalte*
7. *digitale Räume gestalten: z.B. eigene Social-Media- und Messenger-Gruppen nutzen*
8. *Verbündete finden: in regionalen und überregionalen Netzwerken*
9. *Kontroversen aushalten und demokratische Streitkultur fördern: Debattenräume schaffen statt scheuen, aber klare Diskussionsregeln festlegen und einhalten*
10. *Haltung zeigen und Position beziehen – als Einzelperson, Institution oder Initiative, um eine schleichende Normalisierung antidemokratischer Inhalte zu verhindern*



## 5.4 Betroffene unterstützen

Betroffene von Diskriminierung oder von Anfeindungen durch antidemokratische Kräfte brauchen Sichtbarkeit, Schutz und das Wissen darüber, wie sie sich wehren können. Je mehr Menschen als Verbündete agieren, desto besser können Betroffene mit der Situation umgehen. Konkret geholfen werden kann mit folgenden Schritten:

- rechtliche Beratung und psychosoziale Begleitung
- Entwicklung lokaler Schutzkonzepte
- Zusammenarbeit mit Beratungsstellen in der Nähe sowie im Bundesland

## 5.5 Netzwerke und Partnerschaften aktivieren

Ein wirksames Vorgehen gegen antidemokratische Kräfte gelingt leichter, wenn Kommunen aktiv in bestehende Netzwerke eingebunden sind oder diese initiieren. Der Austausch mit zivilgesellschaftlichen Initiativen wie dem **Netzwerk Tolerantes Sachsen e.V.** bietet Unterstützung, Erfahrungswissen und konkrete Ansprechpersonen. Auch Formate wie die **„Kommune im Dialog“** stärken die Vernetzung und gemeinsame Handlungsfähigkeit.



### Good-Practice-Beispiel:

**Netz ERZ** ist ein regional verankertes Netzwerk zur Demokratieförderung im Erzgebirgskreis, initiiert vom Kompetenzzentrum Gemeinwesenarbeit und Engagement (KGE) in Kooperation mit dem Landratsamt und der Diakonie. Es stärkt demokratisches Bewusstsein und gesellschaftlichen Zusammenhalt, indem es Bildungs- und Beratungsangebote bündelt, Engagierte vernetzt und öffentliche Veranstaltungen organisiert. Es ist eines von 13 lokalen Netzwerken, die aktuell im Landesprogramm Weltoffenes Sachsen gefördert werden.

Auch im Projekt „Lokale Allianzen und Gemeindegemäckernde in Sachsen“ ist ein landesweites Netzwerk für Bürgermeister\*innen bedrohter kleiner Kommunen verankert. Das Netzwerk ist offen für Interessierte und dient neben dem Austausch untereinander und der Vernetzung auch der bedarfsorientierten Beratung. Wenn Ihre Kommune hier mitmachen möchte, melden Sie sich gern bei uns! Die Kontaktdaten finden Sie am Ende dieser Handreichung.



Netzwerk Tolerantes Sachsen e.V.



„Kommune im Dialog“



## Notfallkontakte

### Wenn es ernst wird – Notfallkontakte in Sachsen

Mobile Beratung des Kulturbüros Sachsen e.V. (KBS):  
[www.mobile-beratung-sachsen.de](http://www.mobile-beratung-sachsen.de)

Beratung bei rechtsextremen Vorfällen, Unterstützung bei der Krisenintervention und Präventionsarbeit

RAA Sachsen – Projekt SUPPORT für Betroffene rechter Gewalt:  
[www.raa-sachsen.de](http://www.raa-sachsen.de)

psychosoziale und rechtliche Unterstützung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Amadeu Antonio Stiftung – Regionalbüro Sachsen:  
[www.amadeu-antonio-stiftung.de](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de)

Beratung und Bildungsarbeit zu Themen wie Verschwörungsideologien, Reichsbürgern, Hass im Netz oder Rechtsextremismus

ZORA – Zentrale Anlaufstelle für Opfer von Rechtsextremismus und Antisemitismus:  
[www.publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/41833](http://www.publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/41833)

Die bei der Generalstaatsanwaltschaft Dresden eingerichtete ZORA unterhält ein flächendeckendes Informations- und Unterstützungsangebot für Opfer von Rechtsextremismus und Antisemitismus.

ZASTEX – Zentrale Ansprechstelle für Opfer rechtsextremistischer Bedrohungen:  
[www.polizei.sachsen.de/de/98508.htm](http://www.polizei.sachsen.de/de/98508.htm)

Das Angebot des LKA Sachsen steht Betroffenen im Rahmen des polizeilichen Opferschutzes mit Informationen, Beratungs- und Vermittlungsangeboten zu inner- und außerpolizeilichen Ansprechpersonen, insbesondere spezialisierten Einrichtungen der Opferhilfe und des Opferschutzes, zur Verfügung.

OFEK – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung:  
[www.ofek-beratung.de](http://www.ofek-beratung.de)

OFEK ist die erste fachspezifisch auf Antisemitismus ausgerichtete Beratungsstelle in Deutschland. Neben den regionalen Beratungsstandorten gibt es in Sachsen und Sachsen-Anhalt zwei regionale Meldestellen.

HateAid: [www.hateaid.org](http://www.hateaid.org)

Beratung und rechtliche Begleitung bei digitaler Gewalt, insbesondere bei Anfeindungen gegen Einzelpersonen auf Social-Media-Plattformen

## 5.6 Fördermittel gezielt nutzen

Förderprogramme auf kommunaler Ebene sichtbar zu machen, ist ein zentraler Hebel, um Engagement für Demokratie wirkungsvoll zu unterstützen. Viele zivilgesellschaftliche Angebote und Aktionen scheitern nicht an fehlender Motivation, sondern an fehlenden Mitteln oder komplizierten Antragsverfahren. Den Zugang erleichtern können Musteranträge, Antragshilfen, ein Fristkalender sowie inspirierende Best-Practice-Beispiele. Die Benennung einer festen Ansprechperson für Fördermittel im Bereich Demokratieförderung oder Extremismusprävention – idealerweise mit regelmäßiger Sprechstunde – schafft zusätzlich Orientierung und senkt Hemmschwellen.

### Übersicht einiger Förderprogramme:

- „Partnerschaften für Demokratie“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (Bundesprogramm Demokratieförderung)
- „Weltoffenes Sachsen“ (Landesprogramm Demokratieförderung Sachsen)
- „Orte der Demokratie“ (Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt)
- „Integrative Maßnahmen“ (Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt)
- „Inklusion einfach machen“ (Förderprogramm der Aktion Mensch)
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) – Förderung von Modellprojekten auf Antragsbasis
- „Die offene Gesellschaft stärken“ (Robert Bosch Stiftung)

### Praxistipp:

Der Förderfonds Gegenwind der Amadeu Antonio Stiftung unterstützt niedrigschwellige Projekte für demokratisches Engagement und gegen Rechtsextremismus in Ostdeutschland mit bis zu 5.000 Euro. Gefördert werden Initiativen, die lokale Begegnungsräume schaffen, parteiübergreifende Kampagnen zur Wahlbeteiligung fördern, marginalisierte Gruppen unterstützen und demokratische Debattenkultur stärken. Auch Kosten für rechtliche Beratung und Sicherheit bei Bedrohungslagen werden übernommen.

### ZUSAMMENFASSUNG!

Antidemokratische Angriffe sind keine gewöhnlichen Konflikte – sie zielen auf die Aushöhlung demokratischer Verfahren und den Rückzug engagierter Menschen. Kommunen müssen Haltung zeigen und dürfen sich nicht einschüchtern lassen. Demokratie braucht Mut in der Verwaltung, juristische Klarheit – und starke Netzwerke, die sich gegenseitig stärken.

### LESEEMPFEHLUNGEN:



Amadeu Antonio Stiftung (2024): Bürger\*innen ohne Reich. Das Milieu der Reichsbürger\*innen in Sachsen: [www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/buergerinnen-ohne-reich](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/buergerinnen-ohne-reich)



Amadeu Antonio Stiftung (2024): Demokratieatlas. Rechtsextremismus und zivilgesellschaftliches Handeln: [www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/demokratieatlas](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/demokratieatlas)



HateAid gGmbH (2024): „Hass, Gewalt & Lügen im Netz sind nicht Teil des Jobs“. Ein Leitfaden zum Umgang mit digitaler Gewalt. Für Kommunalpolitiker\*innen und alle, die sich vor Ort engagieren, von Feuerwehr bis Flüchtlingshilfe: [www.hateaid.org/publikationen/#kommunal-engagierte](http://www.hateaid.org/publikationen/#kommunal-engagierte)



Landesjugendring Hamburg e.V. (2025): Haltung statt Neutralität. Zum Umgang mit rechtsextremen Anfeindungen der Jugendverbandsarbeit. punktum Sonderheft 1/25: [www.dbjr.de/fileadmin/Publikationen/2025/punktum.1-25\\_web.pdf](http://www.dbjr.de/fileadmin/Publikationen/2025/punktum.1-25_web.pdf)



RAA Mecklenburg-Vorpommern e.V. (2024): Im Verein – gegen Vereinnahmung. Eine Handreichung zum Umgang mit rechtsextremen Mitgliedern: [www.raa-mv.de/download/im-verein-gegen-vereinnahmung-eine-handreichung-zum-umgang-mit-rechtsextremen-mitgliedern](http://www.raa-mv.de/download/im-verein-gegen-vereinnahmung-eine-handreichung-zum-umgang-mit-rechtsextremen-mitgliedern)



Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG) (2025): Engagiert und demokratisch bleiben – Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der extrem rechten AfD: [www.bundesverband-mobile-beratung.de/publikationen/engagiert-demokratisch-bleiben-handlungsempfehlungen-zum-umgang-mit-der-extrem-rechten-afd](http://www.bundesverband-mobile-beratung.de/publikationen/engagiert-demokratisch-bleiben-handlungsempfehlungen-zum-umgang-mit-der-extrem-rechten-afd)



Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG) und Bundesverband Mobile Beratung e.V. (BMB) (2021): Bedroht zu werden, gehört nicht zum Mandat. Ein Ratgeber zum Umgang mit rechten Bedrohungen und Angriffen für Kommunalpolitiker\*innen und Kommunalverwaltung: [www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/202301/2021-BMB-VBRG-Handreichung-Bedroht-Zu-Werden-Gehoert-Nicht-Zum-Mandat-Kommunalpolitik.pdf](http://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/202301/2021-BMB-VBRG-Handreichung-Bedroht-Zu-Werden-Gehoert-Nicht-Zum-Mandat-Kommunalpolitik.pdf)

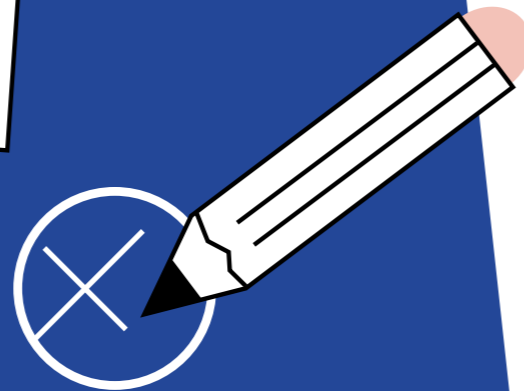


Winkler, Benjamin (2025): Vereint oder vereinnahmt? Wie Reichsbürger:innen Vereine vor Herausforderungen stellen. Bundeszentrale für politische Bildung: [www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/infopool-rechtsextremismus/561855/vereint-oder-vereinnahmt](http://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/infopool-rechtsextremismus/561855/vereint-oder-vereinnahmt)

# CHECKLISTE:

## Warnsignale in der kommunalen Praxis

Die folgende Checkliste dient Stadtverwaltungen, Stadt- oder Gemeinderäten, Vereinen und engagierten Bürger\*innen als Orientierungshilfe zur Früherkennung problematischer Dynamiken im lokalen Umfeld.



### 1. Strukturelle Anzeichen

- gezielter Immobilienerwerb (z.B. leerstehender Höfe oder Häuser) durch ideologisch auffällige Gruppen
- Nutzung bislang leerstehender Immobilien durch antidemokratische Kräfte für Veranstaltungen mit überregionaler Teilnahme (z.B. Konzerte, Workshops oder Vernetzungstreffen)
- Gründung mehrerer scheinbar unpolitischer Vereine oder Initiativen, die sich stark personell überschneiden (z.B. „Gemeinschaft XY“, „Bürgerbündnis für Natürlichkeit“, „Eltern für Vielfalt im Lernen“)
- schnelle Übernahme wichtiger Positionen und Schlüsselrollen durch neue Anwohnende (z.B. Vorstandsposten im Verein, Elternrat in der KiTa oder Schule, Übungsleiter\*in oder Trainer\*in im Sportverein)

### 2. Kommunikationsstrategien

- Etablierung alternativer Medienkanäle im Ort (Telegram, Newsletter, Flyer ohne Absender)
- Einladung zu scheinbar offenen Formaten mit ideologischer Färbung (z.B. „Heimatabende“, „Gesprächskreise zu Souveränität und Selbstbestimmung“)
- Verwendung bestimmter Begriffe: „Schulzwang“, „gleichgeschaltete Medien“, „Altparteien“, „Systempolitiker“ oder „Bevölkerungsaustausch“
- Verbreitung verschwörungsideologischer oder geschichtsrevisionistischer Inhalte – subtil oder offen („die da oben“ gegen „uns hier unten“)

### 3. Konkrete Einflussnahme

- Auffällige Präsenz neuer Akteur\*innen bei Vereinsveranstaltungen, Stadtfesten, Versammlungen
- Einflussnahme auf Kinder- und Jugendarbeit oder Bildung vor Ort, etwa durch Ersatzangebote („Lernen in Freiheit“, handwerkliche Projekte, „Naturerleben“) mit ideologischer Rahmung
- Anträge oder Anschreiben an die Kommunalverwaltung mit juristisch überfrachteter Sprache, teils mit Berufung auf das Grundgesetz (GG), das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB), Völkerrecht, UN-Resolutionen oder gänzlich ausgedachte Gesetze (beziehungsweise veraltete juristische Dokumente aus der Zeit des Deutschen Kaiserreichs)
- gezielte Kandidaturen bei Stadtratswahlen oder Wahlen zur\*zum Bürgermeister\*in (Einzelpersonen oder Kandidierendenlisten mit antidemokratischer Agenda)

### 5. Reaktion auf demokratischen Widerspruch

- Delegitimierung kritischer Stimmen als „Spalter“, „Systemlinge“, „Nestbeschmutzer“
- Drohungen, Einschüchterung oder Sachbeschädigung gegen Engagierte oder Kommunalpolitiker\*innen
- Mobilisierung überregionaler Netzwerke, z.B. bekannte Kleinstparteien, Verbindungen zu „Völkischen Siedlern“- oder „Freilerner“-Strukturen

### 4. Polarisierungsdynamiken

- ambivalente Wahrnehmung der antidemokratischen Kräfte durch die Bevölkerung: „Die machen komische Sachen, aber wenigstens passiert was“
- zunehmende Fragmentierung kommunaler Debatten, Rückzug engagierter Bürger\*innen oder Vereinsmitglieder
- Störungen öffentlicher Sitzungen oder Proteste gegen Maßnahmen oder Infrastrukturprojekte (z.B. Windkraft, Grundsteuer)
- falsche Behauptungen oder Desinformation in Sozialen Netzwerken, etwa zu Wahlfälschung, Impfungen, Bildungsplänen



Lokale Allianzen und Gemeindegemeinschaften in Sachsen ist ein Projekt in Trägerschaft der CRI - Civic Research & Innovation gGmbH. Das Projekt wird im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ als Innovationsprojekt gefördert.

[www.cri.org/gemeindegemeinschaften](http://www.cri.org/gemeindegemeinschaften)